

ZUKUNFT 10 2008

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Fragen über
Fragen
Caspar Einem

A Left Perspective on Obama
and the US Elections
Kent Spriggs

Den Aufbruch
inszenieren
Torsten Engelage

Ein Weg
nach vorne?
Ludwig Dvorak

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033388 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 10/08

FOTOGRAFIS

COLLECTION RELOADED BANK AUSTRIA KUNSTFORUM

A photograph of a woman and a young girl standing under a black umbrella in the rain. The woman is on the left, wearing a dark coat and a red scarf, holding the umbrella. The girl is on the right, wearing a purple sweater and holding a brown stuffed animal. In the background, a brick wall and a blurry figure in a dark hooded jacket are visible. The scene is set in the rain.

armut tut weh.

Margit Fischer

Spenden hilft.
PSK 90.175.000 BLZ 60000

volkshilfe. 
solidarität leben



 **meinespende.at**
Einfach online spenden

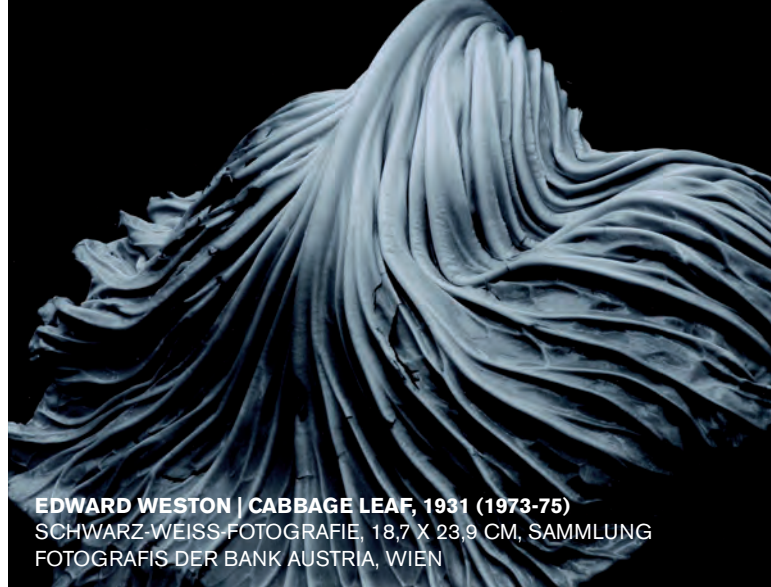
Bank  Austria
Creditanstalt


**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP


urban media

Spendenzahlscheine in jeder Filiale von Post und BAWAG P.S.K.

Editorial



EDWARD WESTON | CABBAGE LEAF, 1931 (1973-75)
SCHWARZ-WEISS-FOTOGRAFIE, 18,7 X 23,9 CM, SAMMLUNG
FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN

Die Nationalratswahlen vom 28. September stellten nicht nur aus produktionstechnischer Sicht – wegen der Überschneidung von Druck- und Wahltermin – eine große Herausforderung dar. Das Ergebnis ist bei aller Befriedigung über die Abstrafung der ÖVP angesichts der Verluste der SPÖ und der dramatischen Zugewinne des rechten Lagers aber kaum ein Anlass für Jubel. **Caspar Einem** stellt in seinem noch am Wahlabend verfassten Beitrag **erste Betrachtungen** des Wahlergebnisses an und wirft Fragen auf, die sich daraus ableiten.

Schwerpunktmäßig widmet sich diese Ausgabe aber einem anderen Wahlgang, nämlich den US-Präsidentschaftswahlen am 4. November. Der US-Anwalt und Menschenrechtsaktivist **Kent Spriggs** widmet sich in seinem Beitrag **einer linken Perspektive für die USA**. Mit einer umfassenden Analyse der Ära Bush, der Würdigung der demokratischen PräsidentschaftsbewerberInnen und ihres Programms, sowie der in ihren historischen Kontext eingebetteten Darstellung der amerikanischen Linken liefert er spannende Einblicke. Nach einer intensiven Diskussion in der Redaktion haben wir von einer Übersetzung dieses Beitrags ins Deutsche Abstand genommen, um die pointierten Formulierungen im Original zu erhalten.

Torsten Engelage war während des demokratischen Nominierungsparteitag in Denver unterwegs und stellt in seiner Reportage die **Ausgangslage und Stimmung im Lager von Barack Obama** dar. **Der US-Wahlkampf** findet aber auch **in Österreich** statt: **Stanley Hale** berichtet von den Aktivitäten der *Democrats Abroad* in Österreich und international.

Martin A. Konecny beschäftigt sich mit einem anderen Aspekt amerikanischer Politik. Die weitreichenden politischen Veränderungen in Lateinamerika führen auch zu einer **Neugestaltung wirtschaftlicher und politischer Integrationsbemühungen** in der Region. Einem von den entwickelten Staaten vorgegebenen Integrationsprozess, der auf

Freihandel und Wettbewerb basiert, scheint sich nun auch eine spannende politische und ökonomische Alternative gegenüberzustellen, die sich an Kooperation und gleichmäßiger Entwicklung orientiert.

In seinem Beitrag über die SPD setzt sich **Ludwig Dvorak** mit den **programmatischen Wurzeln der Krise der deutschen SozialdemokratInnen** auseinander, die ihren jüngsten Niederschlag im Rücktritt von Parteichef Kurt Beck gefunden hatte. Mit der **JUSO-Chefin Franziska Drohse** führte er anlässlich ihres Aufenthalts in Österreich ein Interviewgespräch über ihre **Einschätzung der aktuellen Situation der SPD**.

Georg Brockmeyer stellt in seinem Beitrag, **die Entwicklung eines neuen Wiener Stadtgebietes**, des Flughafels Aspern, vor.

Eine erfreuliche Premiere stellt in dieser Ausgabe der Beitrag der Wirtschaftswissenschaftlerin **Helene Schuberth** dar. Sie gestaltet ja seit Herbst abwechselnd mit Markus Marterbauer als regelmäßige Kolumnistin das ökonomische Schlusswort und wird besonders Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik unter die Lupe nehmen. In diesem Heft widmet sie sich der **internationalen Finanzkrise** und dem – seit dem drohenden Kollaps des Finanzsystems – grassierenden **»Wallstreet-Kommunismus«** der Manager.

Wir wünschen Vergnügen beim Lesen – und beim Schauen!

CASPAR EINEM



Wie können wir umweltfreundlichere Energie liefern?

Unsere Antwort: Eine effiziente Energieumwandlungskette und eine Gasturbine, die im Kraftwerk Irsching bis zu 40.000 t CO₂ einsparen wird.

Umweltfreundliche Stromversorgung bedeutet, Energie effizient zu erzeugen, zu übertragen und zuverlässig zu verteilen. Als weltweit einziges Unternehmen bieten wir Lösungen für die gesamte Energieumwandlungskette. Und wir entwickeln innovative Produkte zur Emissionsreduzierung, zum Beispiel unsere neueste Gasturbine. Im Gas- und Dampfkraftwerk Irsching wird sie bis zu 40.000 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen – und dabei Strom für eine Stadt mit drei Millionen Einwohnern liefern.
www.siemens.com/answers

Answers for the environment.

SIEMENS

FOTOGRAFIS

COLLECTION RELOADED BANK AUSTRIA KUNSTFORUM



PAUL STRAND | WHITE FENCE

AUS: CAMERA WORK, 1916
FOTOGRAVÜRE, 17 X 22 CM, SAMMLUNG
FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN

Inhalt

- 6 **Fragen über Fragen**
Von Caspar Einem
- 8 **FOTOGRAFIS COLLECTION RELOADED**
- 10 **A Left Perspective**
Von Kent Spriggs
- 16 **FOTOGRAFIS COLLECTION RELOADED**
- 18 **Den Aufbruch inszenieren**
Von Torsten Engelage
- 22 **FOTOGRAFIS COLLECTION RELOADED**
- 24 **Der US-Wahlkampf in Österreich**
Von Stanley Hale
- 26 **FOTOGRAFIS COLLECTION RELOADED**
- 28 **Die Integration Lateinamerikas**
Von Martin A. Konecny
- 34 **FOTOGRAFIS COLLECTION RELOADED**
- 36 **Ein Weg nach vorne?**
Von Ludwig Dvorak
- 41 **FOTOGRAFIS COLLECTION RELOADED**
- 42 **»SPD kämpft darum, ihre Stabilität wieder zu finden«**
Interview mit Franziska Drohsel
- 44 **Eine Stadt entsteht**
Von Georg Brockmeyer
- 47 **FOTOGRAFIS COLLECTION RELOADED**
- 48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Der Wallstreet-Kommunismus**
SCHLUSSWORT von Helene Schubert

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag. Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvorak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, Mag.^a Alexandra Pernkopf, MMag.^a Julia Raptis, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ⁱⁿ Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag.^a Daniela Stepp, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Cover:** WEEGEE (Arthur Fellig), The Flower Peddler, um 1940, Gelatinsilber, 36,7 x 33,4 cm, Sammlung FOTOGRAFIS der Bank Austria, Wien

Fragen über Fragen

WAHL 08 Erste Betrachtungen zum Wahlausgang.

Wilhelm Molterer meinte »es reicht«. Aus heutiger Sicht lässt sich wohl nur sagen: Es war eine Hoffnung, eine Hoffnung es könnte reichen, zu gewinnen, weil die SPÖ gerade inmitten einer Diskussion gewesen ist, ob eine Doppelspitze wirklich eine gute Lösung ist. Darin hatte er vielleicht auch durchaus Recht. Die Idee, einer Kanzlerkrise zu entkommen, indem ein neuer Parteivorsitzender – zunächst bloß geschäftsführend – bestellt wird, war vielleicht wirklich nicht so gut oder zumindest kurzichtig.

Kurzichtig war jedoch auch die Hoffnung, dass dieser Irrtum der SPÖ bereits ausreichen würde, um für die ÖVP zu gewinnen. Denn dafür hatte die ÖVP zu eindeutig seit der Nationalratswahl von 2006 blockiert. Vielleicht heißt der eigentliche Wahlverlierer daher auch Schüssel. Denn er war es, der seit seiner verlorenen – durch Hybris verspielten – Kanzlerschaft nicht akzeptieren konnte, dass die Wähler entschieden hatten – gegen die Schüssel-ÖVP und insofern für die Gusenbauer-SPÖ. Und insoweit bleibt nur die Frage, warum Molterer, Bauer von Herkunft, nicht verstanden hat, dass der Hoferbe nur eine Chance hat: den Altbauern ins Ausgedinge zu schicken. Das hat er verabsäumt und dafür bekommt er nun die Rechnung präsentiert.

DENKZETTELWAHL?

Der Wahlzettel war diesmal ein wahrhaftiges Leintuch – zumindest in Wien. Und doch waren die gestellten Fragen vielleicht zu knapp. Hätte da nicht ein zusätzlicher Freiraum sein können mit der Möglichkeit, zu sagen, was nicht gepasst hat bzw. was anders hätte sein sollen? Denn es bleibt doch die Frage, was ein Denkkzettel soll. Ein Protest, der zwar im Augenblick, die eigene Enttäuschung, den eigenen Zorn über versäumte Gelegenheiten ausdrückt, aber dann bereit ist, fünf Jahre – ja, die Legislaturperiode ist verlängert worden – das beliebige Ergebnis dieses »Denkkzettels« in Kauf zu nehmen. Wäre es da nicht sinnvoll, zumindest einige Hinweise geben

zu lassen, zu geben, was anders werden sollte, statt irgendwen zu wählen, ohne dass dies eine klare Nachricht wäre? Müssen wir denn wirklich annehmen, dass eine rechte Mehrheit das ist, was die Wähler und Wählerinnen wollten? Wollen die ÖsterreicherInnen wirklich einen Bundeskanzler Strache, sofern eine »Wiederverhehlung« von FPÖ und BZÖ rechtlich möglich wäre? Oder hat sich das niemand überlegt?

VERWEIGERUNG?

Es hat auch eine große Zahl von Wahlberechtigten – die zweitgrößte Wählergruppe – gegeben, die nicht zur Wahl gegangen ist – aus Frustration über die Erfahrungen mit der Koalition der letzten beiden Jahre. Vielleicht war auch das ein Irrtum. Auf die Politik zu pfeifen ist keine wirkliche Lösung. Denn man bleibt von ihr betroffen. Nicht zu entscheiden kränkt niemanden. Die WählerInnen bleiben selbst betroffen. Und da braucht man dann nicht im Nachhinein enttäuscht sein. Politik hat die Besonderheit, dass man ihr nicht so leicht entringen kann. Es kommt immer irgendetwas bei Wahlen heraus und damit müssen die Wählerinnen und Wähler dann eine Zeit lang leben. Die Frage ist lediglich, was es ist.

Eine Koalition von SPÖ und ÖVP? Nun: Die ÖVP hat eine Chance wie 1999: Sie kann versuchen, wie dies der steirische ÖVP-Vorsitzende schon am Wahlabend angeregt hat, mit FPÖ und BZÖ (eine bürgerliche Mehrheit gemeinsam mit der ÖVP) zu verhandeln. Und sie kann, wie 1999, pokern. Alles, was sie in Gesprächen mit den beiden Rechtsparteien bekommen kann, kann sie von der SPÖ verlangen. Und je mehr sie von der SPÖ dabei zugestanden bekommt, kann sie in der Folge gegen die SPÖ verwenden. Das haben wir schon einmal erlebt. Gibt es etwas aus der Geschichte zu lernen?

GIBT ES DIE GUTE UND UNSCHULDIGE LÖSUNG?

Hier wird das Problem sichtbar, dass diese Wahl mit recht wenig inhaltlichen Festlegungen geschlagen wurde. Die klarste Lösung wäre natürlich, das zu tun, was immer öffentlich be-

hauptet wird: mit denen eine Regierung zu bilden, mit denen die größte inhaltliche Übereinstimmung gefunden werden kann. Nur: Wenn es keine breit vermittelten Inhalte gegeben hat, für die die Wahlauseinandersetzung geschlagen worden ist, bleibt diese Lösung schwierig. Denn: Es kommt darauf an, die WählerInnen mitzunehmen bei der Frage, warum eine bestimmte Koalition möglich und eine andere eben nicht möglich erscheint. Es muss vermittelt werden können, warum. Und so besehen bleibt nur die Frage, warum im Wahlkampf eigentlich keine inhaltlichen Festlegungen erfolgt sind.

Für die SPÖ war das Problem ziemlich klar: Bei den Wahlen 2006 hatte die SPÖ aufgrund ihrer Programmatik gewonnen – trotz BAWAG-Skandals und trotz eines Spitzenkandidaten, der zwar allgemein als intelligent und politisch erfahren gegolten hat, aber dem das Charisma fehlte und der wohl auch so manchen Fehler zu verantworten hatte. Das Programm lag richtig. Die SPÖ wurde dafür gewählt, das Richtige zu vertreten – leider mehr noch: das Richtige versprochen zu haben: »Wenn ich Bundeskanzler bin, wird es keine Studiengebühren geben.«

Das Problem der SPÖ in der Folge waren die zu vollmundigen Versprechungen. Natürlich – gemessen an der alltagspolitischen Vorteilslogik – hat die ÖVP alles getan, um die Erfüllung gerade dieser vollmundigen Versprechungen zu verhindern. Und das ist in der Folge dem Bundeskanzler und der SPÖ vorgeworfen worden. Und vermutlich hat auch das dazu beigetragen, in dem letzten Wahlkampf inhaltliche Ansagen zurück zu halten. Gerade in diesem Bereich hatte die SPÖ zuletzt den größten Glaubwürdigkeitsverlust erlitten. Daher diesmal lieber ohne allzu viele inhaltliche Ansagen. Bloß genau die fehlen jetzt. Denn woran sollte nun gemessen werden, mit wem eine Koalition möglich oder vertretbar erscheint und mit wem nicht und vor allem: warum.

NOCH VERGOSSENE MILCH GEFÄLLIG?

Parteien werben um die Stimmen der WählerInnen dafür, sich für bestimmte Inhalte einzusetzen. Und sie können dabei auf

ihre jeweiligen Images, auf das, wofür sie in der Vergangenheit gestanden sind, was sie bisher bewirkt oder versucht haben, bauen. Der springende Punkt ist jedenfalls jeweils das Versprechen, sich für bestimmte Ziele einzusetzen. Nicht mehr und nicht weniger. Und je besser dieses Versprechen mit der bisherigen Performance übereinstimmt, desto eher sind die WählerInnen bereit, derartige Versprechen zu glauben, für glaubwürdig zu halten und daher zu wählen. Wer mehr verspricht scheidert doppelt: am Ehrgeiz der politischen Wettbewerber, die die Erfüllung gerade solcher überschießender Versprechungen zu vereiteln trachten und an deren Erfüllung in den Augen der WählerInnen.

Gleichwohl gewinnt, wer nichts verspricht, auch nichts: denn ihm bzw. ihr fehlt dann der Maßstab zur Entscheidung, mit wem eine Koalition möglich bzw. nicht möglich ist. Das aber kann nun zum Problem werden. Wir sollten zumindest wissen, warum die SPÖ als stärkste Partei eine Regierung zu bilden in der Lage ist oder eben nicht. Denn auch die Verweigerung einer Partnerschaft kann die Grundlage einer nächsten gewonnenen Wahl sein.

EINE LETZTE FRAGE

Ist es nicht besorgniserregend, dass das rechte Lager – jetzt geteilt in FPÖ und BZÖ – fast 29% Zustimmung bekommen hat? Wenn nicht Knittelfeld die rechte Familie zerrüttet hätte könnten heute Strache bzw. Haider den Regierungsbildungsauftrag für sich beanspruchen. Aber offenbar finden viele nichts daran, auf welche Weise diese beiden Parteien Stimmung machen. Und offenbar ist vielen die Politik von Rot und Schwarz noch mehr zuwider, als die menschenverachtende Stimmungsmache der Blauen und Orangen. Kann es sein, dass der Maßstab für Mindestanforderungen des friedlichen Zusammenlebens verloren gegangen ist? Sind das die Voraussetzungen, die in der Geschichte auch bereits zu rechten Mehrheiten geführt haben? ●

FOTOGRAFIS

COLLECTION RELOADED BANK AUSTRIA KUNSTFORUM

Im Herbst 2008 präsentiert das Bank Austria Kunstforum 270 Highlights der Sammlung FOTOGRAFIS. Nach über zwei Jahrzehnten – die letzte FOTOGRAFIS-Ausstellung fand im Jahr 1986 statt – kehrt die internationale Fotografie in die Ausstellungsräume an der Freyung zurück. Die Bank Austria besitzt mit der 1976 gegründeten Sammlung FOTOGRAFIS eine der frühesten und herausragendsten Foto-Kollektionen in Europa. Die Ausstellung setzt sich die Aktualisierung fotohistorischer Positionen zum Ziel: Stil-Strategien des Piktorialismus und der Neuen Sachlichkeit von einst werden rezenten Arbeiten, die als Leihgaben die Ausstellung ergänzen, gegenübergestellt. Alfred Stieglitz etwa tritt in Dialog mit Andreas Gursky, Albert Renger-Patzsch mit Candida Höfer und James Welling.

Bis 29. Oktober 2008
Bank Austria Kunstforum
1010 Wien, Freyung 8

www.bankaustria-kunstforum.at



DIANE ARBUS | THE KING AND THE QUEEN OF A SENIOR CITIZENS DANCE, N.Y.C.,

AUS: A BOX OF TEN PHOTOGRAPHS, 1962-70, 1970; SCHWARZ-WEISS-FOTOGRAFIE; 49,5 X 40 CM

SAMMLUNG FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN

A Left Perspective on Obama and the US Elections

THE “LEFT” IN THE STATES One of your editors asked for an op ed piece about the reaction of “the left” to the Obama candidacy. After I picked myself up from the floor from laughing so hard, I responded to her.

The reason that I laughed so hard is that, as I know Editor Julia Raptis and most of the readers know, there is little in the US that can be called an institutional “left” though there are few people and groups who might use the term for self description. In the corporate media the term used primarily by the right wing (who are seriously right wing) to smear centrists, a some of whom call themselves “liberals”.

In the 1920’s and 1930’s there was a Socialist Party which garnered over a million votes in 1932 presidential election. That was probably the closest thing to social democratic parties in Europe. That showing was in the midst of the Great Depression (is another on the way?) and was never repeated as FDR strung together his unprecedented string of four presidential elections. Probably the Democratic Party during the Depression was the closest thing to a social democratic party in power in the US.

Then there was the Communist Party of the USA (CPU-SA). It was progressive in many of its positions. It was notable that its well-intentioned members were so outspoken against racism at a time that very few white persons were. It consistently took strong positions for working persons.

But the Communist Party was institutionally tied to the USSR in all its foreign policy positions. It did not criticize the purges and mock trials of the 1930’s. It supported the short-lived Nazi-USSR alliance at a time the evils of fascism were well-known to anyone watching. It then predictably turned 180 degrees when Hitler breached that “alliance” and attacked the USSR. This total lack of independence eroded the aspirations of some very well-meaning persons.

It never had any serious political clout and was driven out of existence by a broad spectrum of political forces. One wag noted that J. Edgar Hoover, Director of the FBI needed the CPUSA to boost the appropriations from Congress with scare tactics. Hoover needed a demon to amass his power – both pre- and post-McCarthy, McCarthyism being a watershed time for attacking all things left of center-right as “communist” or “communist sympathizer.”

THE ASCENDENCY OF THE RIGHT

The high water mark for the right in the US prior to the coming of G.W. Bush was Reagan. The Bush neocon era has had us bemoaning “where is Reagan when we need him.”

Let me suggest several contexts for assessing the US turn further to the right. It started when the Republicans took over Congress in 1995 on the right wing agenda called the “Contract with America,” which we called the “Contract on America” (an allusion to the Mafia term of contract for a killing).

There had traditionally been a certain collegiality in Congress between Republicans and Democrats, affectionately referred to as bi-partisanship. That ended with the roughneck Republicans who assumed power in 1995.

For example, as the ruling party they were entitled to a majority membership on all committees. During the period from 1995 until 2007, Democrats were often not even invited to committee meetings – something previously unheard of.

There used to be a subset of Republicans called “liberal Republicans,” perhaps oxymoronic but a leavening force. They have essentially disappeared.

BUSH ACCELERATES

This set the stage for the ascendancy of G.W. Bush, always regarded as the less gifted of the two Bush sons. It was brother Jeb that was supposedly groomed for the presidency. George W. ran on a platform of “compassionate conservatism.” In seven years there has been no hint of the “compassionate” part. Those who watched him carefully as Governor of Texas knew that the compassionate adjective was a ruse.

We knew that we were in for a push to the right as Bush became President and the Republicans held both houses of Congress. We did not fully appreciate at the time of his election just how far right. Pretty soon it became much more clear, signaled by those he chose to surround him. The prototype of his father had been conservative figures such as James Baker. George turned to the right – Cheney, Rove, Rumsfeld, Wolfowitz, and the whole neocon gang from the Project for the New American Century. The Project for the New American Century (PNAC) had as a private group of very influential and very right wing persons called for “regime change” in Iraq in writing in 1998. 9/11 and “the War on Terror” was just a convenient pretext. The real agenda was always extending the US Empire in the post-USSR period knowing that there was no countervailing military force.

If it wasn't clear with the appointment of the neocons most surely it was as of the first meeting of the National Security Council in the Bush administration. Richard Clarke reported that he expected to see working papers on issues like al Qaeda. Very tellingly, the only document on the table at the meeting in March 2001 was a map of Iraq with the various oil fields divided up.

General Powell was appointed as the token moderate but was from the inception totally marginalized. It is the saddest period of his career that he did not quit in 2001 or 2002 when it was clear that he was attractive window dressing for an agenda which bore little resemblance to his. The nadir was

his fraudulent address to the United Nations in the lead up to the invasion of Iraq.

The Supreme Court appointments are another excellent benchmark of the shift to the right. When William Rehnquist was appointed to the Supreme Court in 1986 by Reagan, he was more conservative than any Justice sitting since in 1935. As this is written the four most conservative Justices on the current Court of nine – Scalia, Thomas, Roberts, and Alito – are right of Rehnquist!

The litmus test for Bush appointments has not a woman's constitutional right to be free from government control over early abortions as many thought. The Bush litmus test was the “Imperial Presidency.” The four with some help from Justice Kennedy have given Bush much, though not all, of what he and the neocons sought. Think Cheney, the real powerhouse in the White House.

CULTURAL MYOPIA AND ANTI-INTELLECTUALISM

There has always been a very strong strain of cultural-political myopia in the States. There is generally very little sense of how we are viewed by the world.

There is a lot of talk about how we are “the greatest nation in the world” and how we are the leader in “bringing freedom to the world.”

There is little sense of how much of what the Empire has done is held in low regard throughout the world. The Democrats have tried to make some political capital of our “loss of standing” as a world leader, but it is only skin deep.

There is almost no allusion in the press to the US Empire, nor is there ever such an allusion by the vast majority of both political parties. Ironically, the closest thing to an honest description of what the US is, has been in the writings of very right wing neocons such as those of the Project for

the New American Century which actually use terms like Pax Americana.¹ The US Empire envisioned is based on military supremacy. This supremacy is to facilitate the most extreme versions of a global privatization of public functions, opening up markets for global corporations and reduction of public services. These have been the pillars of “neoliberalism” as reflected in the policies of the IMF and the World Bank.²

Linked or not to the cultural myopia is the deep-seated strain of anti-intellectualism that has cursed this culture for most of the history of the country. We have produced great intellectuals and intellectual achievements, but there has always been an undercurrent of anti-intellectualism in a substantial percentage of the population which has allowed right wing politicians to get away with much of their mischief.³

Two good examples arose in the presidential campaign in August and September. Gasoline prices skyrocketed in 2007–08 in the US, though still cheap by European standards. The instant Republican solution was to advocate granting more drilling leases in the Gulf and Alaska to the oil giants. Never mind that (a) the oil companies have leases they are not even using, (b) it would take 5–10 years for new drilling to actually produce oil, (c) the total amount of oil in all these places is very modest and (d) there is nothing to suggest much less require that the oil giants would pass on increased supply to the consuming public in the form of lower prices – the supposed reason for the proposed new leases in the first place. Notwithstanding all this, the cry went up “drill, drill, drill.” It became a mantra. Focus groups showed that the majority of the American people favored more drilling. After initially intelligently rejecting the non-fix, even Obama bowed to the pressure of political expediency and modified his no-new-lease-position with one which allowed new leases but was nuanced with ties to other behavior by the oil giants. The facts did not matter.

Obama gave a thoughtful, complex speech about switching the economy towards clean energy sources. He discussed

an incentive package to encourage the growth of renewable energy and pointed out that it would create five million new American jobs. He also pointed out how important the role of energy efficiency and conservation was in the required multi-faceted solution. US consumers are, of course, incredible energy wasters – in rough terms with 5 % of the world’s populations we use 25 % of the world’s energy. In a passing allusion to efficiency he pointed out that appropriately inflating automobile tires could have an impact, clearly a scientifically proven fact. McCain seized on this one sentence and repeated mockingly to his enthusiastic audiences, implying that Obama wanted to solve high gasoline prices by inflating tires. The conservative audiences loved it.

THE DECLINE OF CORPORATE MEDIA

Another ingredient in the shift to the right is the decline of the corporate media. Contrary to the babble about “liberal media bias,” the corporate media – newspapers, TV, and radio – has always been dominated by conservative corporate interests. Reporters may tend to be liberal, but they do not control the agenda.

Two other very dramatic trends have occurred in the past 15 years. Newspapers have become less and less financially viable. This has led to the closure of a substantial percentage of the newspapers. As newspapers look to improve the bottom line of profitability, cutting the reporting staff has been a prime vehicle for accomplishing greater profitability. This has even been true of major papers such as the LA Times.

Even more dramatic is the consolidation of media outlets. This started during the Clinton years with relaxation of the Federal Communications Commission regulations which had prohibited the aggregation of number of radio stations and cross-ownership of print and electronic media. It shifted into high gear in the Bush years. To this one can add the overt politicization of some media. Fox News and Rupert Murdoch are the poster children for this. Talking points for the day go

- 1) See Antonia Juhasz, *The Bush Agenda: Invading the World One Economy at a Time* (2006), a brilliant book.
- 2) See, Naomi Klein, *The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism* (2007). This book will be one of the most important of the early 21st century. Naomi Klein is the Noam Chomsky of her generation.
- 3) Richard Hofstadter, *Anti-Intellectualism in American Life* (1966).
- 4) John Hopkins University study.

out to all the talking heads at the Fox network which bills itself “fair and balanced.” By all means see the brilliant documentary “Outfoxed” which deconstructs the entire system.

THE 2006 ELECTIONS

Another benchmark for the conservative/right tendency of the US electorate is the re-election of Bush in 2004, though there is thoughtful analysis that this election like that in 2000 was stolen.

In 2006 with the mid-term congressional elections, the majority of citizens had finally turned against the war in Iraq. Sadly it was not because of the craven nature of the invasion and occupation in a quest for petroleum hegemony. The prime motivations were loss of US military lives and the cost of the war. The deaths of Iraqis which numbered in the hundreds of thousands⁴ did not seem to be of consequence to the electorate. Indeed, the occupying forces made no effort to count Iraqi deaths, much less the estimated four million refugees – two million internal, two million external.

The Democrats picked up circa 31 seats in the House of Representatives, a pretty good showing and most rode in on an anti-war platform. The House must be appropriate for the administration to spend money on the war. Yet in the ensuing year and a half of a Democratic majority there has been little by Congress to slow, much less stop the war. Only the Progressive Caucus of circa 80 within the Democratic Party is dependable on all anti-Iraq War votes.

THE RISE OF OBAMA

As the Democratic primary season opened there were nine contenders. As always the few of us who consider ourselves left were going to have to settle for the best possible viable candidate far short of a candidate for the left. The clear, almost prohibitive, favorite was Hillary Clinton, HRC. She had amazing name recognition (though that brought with it high negatives). At the same time it was clear that she had a remarkable

ability to raise money. On the issues she was the most conservative of the nine in keeping with the Bill Clinton legacy.

Of those who seemed to have a chance, Edwards was the most progressive – actually talking about the plight of “poor people,” a subject which rarely has been in the US political discourse in recent years. [One always talks about “the middle class.”] He never caught fire.

The field narrowed to two viable candidates, remarkably setting up a situation that would yield either the first woman or first African-American nominee of a major party.

Obama was the more progressive. His rising star was truly remarkable. His ability to raise very large sums of money from a great many donors had been predicted by no one. His oratorical skills were known nationally since his speech at the 2004 Democratic convention and he did not disappoint. I had a chance to see him personally (when supporting Edwards) and was blown away by the rhetoric and a quality of being intellectually “nimble on his feet,” a skill revered by trial lawyers.

He then made a run of state primary wins which astonished everyone. Curiously, he closed with some very notable losses in big states. He enlivened young voters. He was losing the working class base of the party. In a sense he backed in to the nomination.

OBAMA THE CANDIDATE

There’s a lot to like in his personal story. He lost his father at a young age and lost his mother at a relatively young age. It is amazing that an African-American rose to be President of the Harvard Law School Law Review, which is the most prestigious position for any law student in the United States, if one had to choose one position. The fact that someone who could have become a very rich corporate lawyer chose to become a political organizer on Chicago’s South Side may be the most

amazing credential in his remarkable career. Yet from a left perspective he's just a little more liberal than Hillary Rodham Clinton on the issues.

HIS DOMESTIC POLICIES

He's had a pretty good liberal record on bread and butter issues, voting against the bankruptcy (anti-poor) bill and for protecting Social Security, public education, veterans benefits, and equal pay for women.

He favors terminating the Bush tax cuts for the rich and granting tax cuts for the middle class. He supports the rights of gays in the military. His health plan is materially better than the status quo. At the same time he has never hinted that he would bring the US to European standards with a "single payer" system.

We are the only industrialized country that does not provide universal health care. The US pays twice per person for health care that of the average of 22 other developed countries. Of the 23 the US ranks 22d in life expectancy.⁵ The reasons for this anomalous result are the stranglehold that the insurance and pharmaceutical industries have on the delivery system – but this is never confronted by major political figures including Obama.

HIS POLICIES ON FOREIGN RELATIONS

He has made various pledges to end most of the military involvement in Iraq. His position has waffled a bit, but he has continued to focus on a deadline for withdrawal of combat forces. At the same time he has talked about adding 50,000 new troops to the bloated military, hardly the reigning in of Empire. To his credit, he has repeatedly stressed the importance of diplomacy and pointed out the Bush failure to engage in serious diplomacy. Of course the Bush Administration is psychologically unable to negotiate because it is politically committed to "being right" and getting its way on virtually every foreign policy. Hence, when Condi Rice set out to try

to advance the peace process between Israel and Palestine it was a joke because it was clear that she would concede little of value from a pristine Israeli position.

Obama has been mocked by the right for stressing diplomacy but to his credit on stuck to his guns on the issue. At the same time he never talks about the US as an Empire or suggests that such is a bad idea for the US and the world.

He has pandered to the right wing of Israeli policy towards ending the genocide against the Palestinians even criticizing President Carter for his breakthrough advocacy of peace in the area.⁶ HRC did not even visit Palestine when she made her show tour of the Holy Land and specifically endorsed the illegal wall.

GLOBAL WARMING

Global warming is a vast mix of both foreign and domestic policies. He recognizes that global warming is an important issue and has a pretty good plan for developing alternative energy sources. He has correctly pointed out that an aggressive approach to developing alternative sources of clean energy such as wind could provide literally millions of jobs for Americans. At the same time he is soft on both nuclear and "clean coal," the latter being a scientific fiction or oxymoron.

DRIFTING TO THE RIGHT

It has been distressing that since he secured the nomination several months ago, he has been Obama's drifting to the center. He has had several disappointing changes of position – all from liberal to center (or right). Probably most notable and least forgivable is his switch on the new Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA). It is now something of a misnomer in that it has a profound impact on covert surveillance of domestic communications.

Bush maintained a massive absolutely illegal domestic spying program. The telecommunication giants were almost all

5) World Health Organization

6) Jimmy Carter, *Palestine Peace Not Apartheid* (2006). A revolutionary book in a country in which there is less discussion of Palestinian rights and the Israeli press.

involved and thus criminally and civilly liable. The Administration failed to disclose the program. When they were found out, they lied about the extent of the program. The one way we might find out about the extent of the program were the many civil lawsuits that were filed against the telecommunication giants.

The most notable proviso in the FISA modifications granted immunity to the telecommunication giants who knew they were breaking the law in responding to Bush's requests for illegal surveillance. This meant that suits already pending were gutted. [One of the two national "liberal" newspapers added to the problem by sitting on the story for a year.]

Obama had promised not only to oppose the bill, but to filibuster it – a tactic in which a minority can defeat a majority of the Senate. He flip-flopped and voted for the bill which passed, a change that most of us still cannot understand. ●

KENT SPRIGGS

ist Anwalt und Menschenrechtsaktivist
in den Vereinigten Staaten und vertritt unter
anderem Gefangene in Guantánamo Bay.



HERBERT BAYER | SELBSTPORTRÄT, 1932 (1969).

FOTOMONTAGE, 35 X 25 CM, KUNSTSAMMLUNG BANK AUSTRIA, WIEN; © VBK, WIEN, 2008

FOTOGRAFIS

COLLECTION RELOADED BANK AUSTRIA KUNSTFORUM



ANDRÉ KERTESZ | DISTORTION NO.40, 1933

GELATINSILBER, 19,7 X 24,6 CM, SAMMLUNG FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN

Den Aufbruch inszenieren

US-WAHL Vor den Präsidentschaftswahlen am 4. November hat der Intensivwahlkampf mit der Abhaltung der Nominierungsparteitage längst begonnen. Torsten Engelage hat die Inszenierung des US-Parteitages vor Ort mitverfolgt. Eine Reportage.

Es gibt wenige Länder, die auch einem Außenstehendem oftmals so vertraut scheinen, wie die USA. Natürlich gibt es für jeden Kontinent, jedes Land und jede Region, egal ob nah oder fern, diese Bilder, die mediale Berichterstattung zur eigenen Wahrnehmung von der Realität werden lassen. Aber die Bilder, die unsere USA-Wahrnehmung prägen, sind nicht nur durch ihre Quantität, sondern auch in ihrer Qualität verzerrt bzw. verkürzt. Erst vor Ort wird einem richtig bewusst, wie das Gesetz der Drei-Minuten-Nachricht zu übermäßigen Vereinfachungen zwingt und wie durch die Brille der österreichischen Verhältnisse betrachtet, manches doch ganz anders erscheint, als es in Wirklichkeit ist.

DENVER – NABEL DER POLITISCHEN WELT

Denver ist als Austragungsort der Convention bewusst gewählt worden. Die Stadt am Fuße der Rocky Mountains war schon einmal Gastgeberin einer Convention im Jahr 1908, der wesentliche Grund für die Entscheidung zugunsten von Denver war jedoch ein anderer: Der Bundesstaat Colorado zerfällt in zwei sehr unterschiedliche WählerInnengruppen: Das urbane, demokratisch wählende Denver und das republikanisch wählende Hinterland, oft auch als Small Town America oder Main Street America bezeichnet.

Vor dem Hintergrund einer kontinuierlichen Urbanisierung und der Verbreiterung ihrer WählerInnenbasis durch die Inszenierung von Barack Obama als Kandidaten über die klassischen Parteigrenzen hinaus, besteht die Hoffnung, dass Colorado erstmals seit 1992 wieder den Demokraten zufällt. Dass diese Strategie durchaus auch Aussicht auf Erfolg hat, war während der Convention zu beobachten. Verstärkt durch eine

intensive Berichterstattung aller Lokalmedien, gab es während der Convention Woche überall nur ein Thema. Egal, ob im Bus, im Supermarkt oder am Abend in den Bars der Stadt – überall wurde über die Convention diskutiert. Dank auflagenstarker Zeitungen wie den Rocky Mountain News, die mit umfangreichen Sonderbeilagen auch den hintersten Winkel von Colorado über alle Einzelheiten informierten, gelang es den Demokraten für einige Tage die Nachrichten unangefochten zu dominieren. Am eindrucksvollsten gelang dies am letzten Tag der Convention als Barack Obama seine Rede hielt.

Nicht nur dass sich gut 80.000 Menschen im Invesco Field Stadium versammelten, auch die restliche Stadt war für die 42 Minuten seiner Rede lahmgelegt. In Bars und Coffeeshops waren alle TV-Geräte auf die Übertragung der Obama-Rede geschaltet und plaudernde Gäste wurden ermahnt, doch gefälligst leise zu sein. Doch auch wenn es den Demokraten gelang, mit ihrer Inszenierung die nationale News-Agenda für einige Tage zu dominieren, war dieser Hype spätestens mit der Nominierung von Sarah Palin auch schon wieder vorbei.

DIE MACHT DES PRÄSIDENTEN

Die Berichterstattung in europäischen Medien stellt die Rolle des Präsidenten, nicht ganz zu Recht, sehr stark in den Vordergrund. Zwar mag es richtig sein, dass der US-Präsident bzw. eine zukünftige Präsidentin über eine größere Machtfülle verfügt als jeder vergleichbarer europäischer Regierungschef, doch ist diese Macht eine sehr relative. Dem Präsidenten stehen nicht nur in der Theorie, sondern auch in der alltäglichen Auseinandersetzung Kongress und Senat gegenüber. Besonders in jenen Zeiten, in denen Kongress und Senat von

den Anhängern der anderen Partei beherrscht werden, ist der Spielraum massiv eingeschränkt; eine Erfahrung die George W. Bush seit 2006 immer wieder machen musste. Seit den damaligen Mid-Term Elections beherrschen die Demokraten beide Häuser und machen George W. Bush bei zahllosen Gelegenheiten das Leben schwer.

Spätestens seit klar ist, dass die Republikaner auch bei diesen Wahlen vor einigen schweren Herausforderungen stehen, gibt es kaum noch einen Abgeordneten, der in Anbetracht der katastrophalen Umfragewerte für die Bush-Administration, freiwillig seine Nähe zum Präsidenten zugibt. Nicht umsonst inszeniert sich McCain seit neuestem ebenso als Kandidat des Wechsels. Zwar stimmte der vermeintliche Maverick (Querdenker) in den letzten Jahren zu 90 Prozent für die Vorschläge der Bush-Administration und geht in manchen Bereichen, wie z.B. der Liberalisierung und Privatisierung, sogar noch weiter als Bush, aber wie so viele andere republikanische Abgeordnete versucht er möglichst viel Abstand zwischen sich und den Präsidenten, seinen Parteikollegen, zu bringen.

Dennoch inszenieren die US-Medien einen Persönlichkeitswahlkampf, als gebe es sonst kaum etwas zu berichten. Während der Conventions verfallen vor allem die Cable-Network-News wie CNN quasi in Trance und berichten 24 Stunden täglich live. MSNBC, ein anderer großer US-Fernsehsender, baute eigens ein Open-Air Fernsehstudio in Denver auf, wo sich jeden Abend hunderte Interessierte versammelten, um die Live-Kommentare zu bestaunen und gleichzeitig eine gute Kulisse für die Fernsehkameras zu liefern.

ALLES NACH DREHBUCH

»Hollywood schreibt das Drehbuch« ist eine oftmals bemühte Phrase, wenn es um die Choreographie der Parteitage geht. Tatsächlich ist vieles daran auch richtig. Denn damit am Abend zur besten Sendezeit auch sicherlich Bilder mit jubelnden Menschenmassen über die Bildschirme flimmern, wird kaum etwas dem Zufall überlassen. Während die Delegierten

tagsüber recht frei in ihrem Tun und Lassen sind wird allabendlich eine strenge Choreographie eingehalten. Im Pepsi Center, dem Austragungsort der allabendlichen Feierstunde, herrscht ein Hochsicherheitsbetrieb, Agenten von FBI, Secret Service und die lokale Polizei regeln den Zugang, ohne Akkreditierung kommt man nicht einmal in die Nähe der Pepsi Hall.

Drinne herrscht ein strenges Regime der Farbcodes. Ein Dutzend unterschiedlicher Credentials regelt, wer wo hin darf, der Floor bleibt den Delegierten sowie ausgewählten JournalistInnen von TV-Stationen vorbehalten, Gäste, Radio- und Zeitungsreporter sind auf die hinteren Ränge verbannt. Damit alle Delegationen zur richtigen Zeit auch das richtige tun, gibt es Handouts – unterschiedliche Schilder müssen zu unterschiedlichen Zeiten in die Kameras gehalten werden. Delegationen aus sogenannten Battleground States werden möglichst nah an den Fernsehkameras positioniert, während jene Staaten die sowieso traditionell demokratisch wählen, auch wenn sie noch so groß sind wie etwa Kalifornien, weiter abseits bleiben. Und sollte trotz aller Akribie etwas nicht klappen, hat jede Delegation ihren eigenen Telefonapparat über den im Fall des Falles schnelle Anweisungen kommuniziert werden können.

DER TEMPEL DES O

Diese konzentrierte Aufmerksamkeit, die den Parteitag während ihrer viertägigen Dauer zukommt, bedeutet natürlich auch, dass von Seiten des politischen Gegners nichts unversucht gelassen wird, um auch einen Teil der Aufmerksamkeit zu absorbieren. Dabei scheint kaum ein Mittel zu absurd zu sein: So versuchten die republikanischen WahlkampfmanagerInnen von John McCain, die Kulisse der Obama-Rede als einen antiken Tempel zu denunzieren, in dem keine politische Rede, sondern eine obskure Kultveranstaltung stattfinden würde. Um diesen Eindruck zu erwecken, wurden Teams mit TrägerInnen der römischen Toga zum Stadion geschickt, um als »Futter« für die Fernsehkameras in der Warteschlange zu stehen. Gleichzeitig wurde durch gezieltes Streuen von

Gerüchten über die Nominierung des/der republikanischen Kandidaten/in für die VizepräsidentInnenschaft versucht, möglichst viel Aufmerksamkeit von der historischen Rede von Barack Obama abzuziehen.

EMOTIONALITÄT UND RÜCKSICHTSLOSIGKEIT

Emotionalität und Parteilichkeit sind jedoch nicht nur Kennzeichen der Convention-TeilnehmerInnen, sondern Teil der politischen Kultur der USA. Während in Österreich selbst schärfste Diskussionen sich noch am Ende des Tages bei Bier oder Wein zwischen Parlamentskantine und Vorstadtbeisl zu verlaufen scheinen und politische Reden bis auf wenige Ausnahmen niemanden in Verückung versetzen, Wahlkämpfe mit der selben Begeisterung stattfinden wie Operationen an Krampfadern, erscheinen die USA als gespaltenes Land.

Zwar ist die Wahlbeteiligung in kaum einem anderen demokratischen Land so niedrig wie in den USA und haben viele AmerikanerInnen nicht einmal eine Registrierung als WählerIn vorgenommen. Doch andererseits zieht sich durch große Teile der WählerInnenschaft, aber vor allem durch jene Gruppen, die in Österreich als KernwählerInnen und FunktionärInnen einzuschätzen wären, eine scharfe Trennlinie zwischen RepublikanerInnen und DemokratInnen.

Besonders die Gruppe der religiösen Rechten, die eine fast bedingungslose Kontrolle über die Republikanische Partei ausübt, steht gemeinsam mit den sogenannten Texas Boys in der Administration (wie etwa früher Karl Rove) für eine politische Kultur der unüberwindbaren Konfrontation und ist durch die dadurch hervorgerufene Motivation der KernwählerInnen-Schichten ein bis heute entscheidendes Element in der Wahlstrategie der Republikaner.

Die Bedingungslosigkeit, vor allem aber die Emotionalität, mit der sich die demokratischen und republikanischen Joe Sixpacks versammeln, vermag zu überraschen. Es erscheint uns in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse als ausgeschlossen,

dass hunderte und tausende Menschen mit T-Shirts mit dem Namen des Spitzenkandidaten auf der Straße unterwegs sind, dass sie hunderte Meilen fahren, um Obama, Clinton oder McCain zu bejubeln oder dass sie sich freiwillig und ohne Entschädigung für ihre Aufwendungen in den letzten Wochen der Wahlkampagne für Einsätze in Battleground States einspannen lassen, wo sie dann von Tür zu Tür ziehen, um eventuelle WählerInnen mit persönlichem Einsatz zu überzeugen.

DER OBAMA-FAKTOR

Neben den verborgenen und oberflächlichen Gemeinsamkeiten, welche die Convention in Denver, aber auch andere Aspekte des politischen Lebens auszeichneten, ist jedoch eines auffällig und bezeichnend für die Veränderung der politischen Demographie in den USA: Noch nie waren so viele junge WählerInnen in den Ablauf einer Kampagne involviert. Vor allem jene Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die erst in den letzten Jahren begonnen haben, sich mit Politik zu beschäftigen, begreifen ihr Engagement für die Demokraten und Barack Obama als Aufbruchssignal, um die Bush-Jahre hinter sich zu lassen.

Eine ganze Generation von 15- bis 25-Jährigen wünscht sich eine Veränderung der politischen Zustände herbei, sehnt sich nach der Überwindung des Status Quo und ist auch bereit, dafür Partei zu ergreifen.

Während die 1990er-Jahre unter Clinton vor allem in der rückblickenden Betrachtung verklärt werden – tatsächlich waren sie nur mäßig erfolgreich und verstärkten vielfach die vorhandene politische Apathie in großen Teilen der Bevölkerung –, macht sich nun der Umstand der Bereitschaft zu einem neuen Engagement auch an der Verteilung der Delegierten bei der Convention deutlich bemerkbar. So waren beispielsweise von den rund 96 Delegierten der Washington State Delegation rund ein Viertel 30 Jahre alt, genauso wie die Gruppe der Unter-30-Jährigen ausschließlich durch Obama-Delegierte vertreten war.

KEIN VERSUCH EINES AUSBLICKS

Der Enthusiasmus und die Aufbruchsstimmung, die rund um den Obama-Parteitag in den USA herrschte, sagt natürlich nichts darüber aus, wie die Wahlauseinandersetzung am 4. November tatsächlich ausgeht. Wenn schon professionelle DemoskopInnen regelmäßig scheitern, soll an dieser Stelle erst recht keine Vorhersage für den Ausgang der Wahlen getroffen werden.

Doch eines scheint nach einer ersten Betrachtung der Verhältnisse klar zu sein: Die USA des Jahres 2008 sind ein anderes Land als jenes der Bush-Jahre. Aus europäischer Sicht gibt es zumindest allen Anlass für diese Hoffnung. Am 4. November werden wir mehr wissen. ●

TORSTEN ENGELAGE

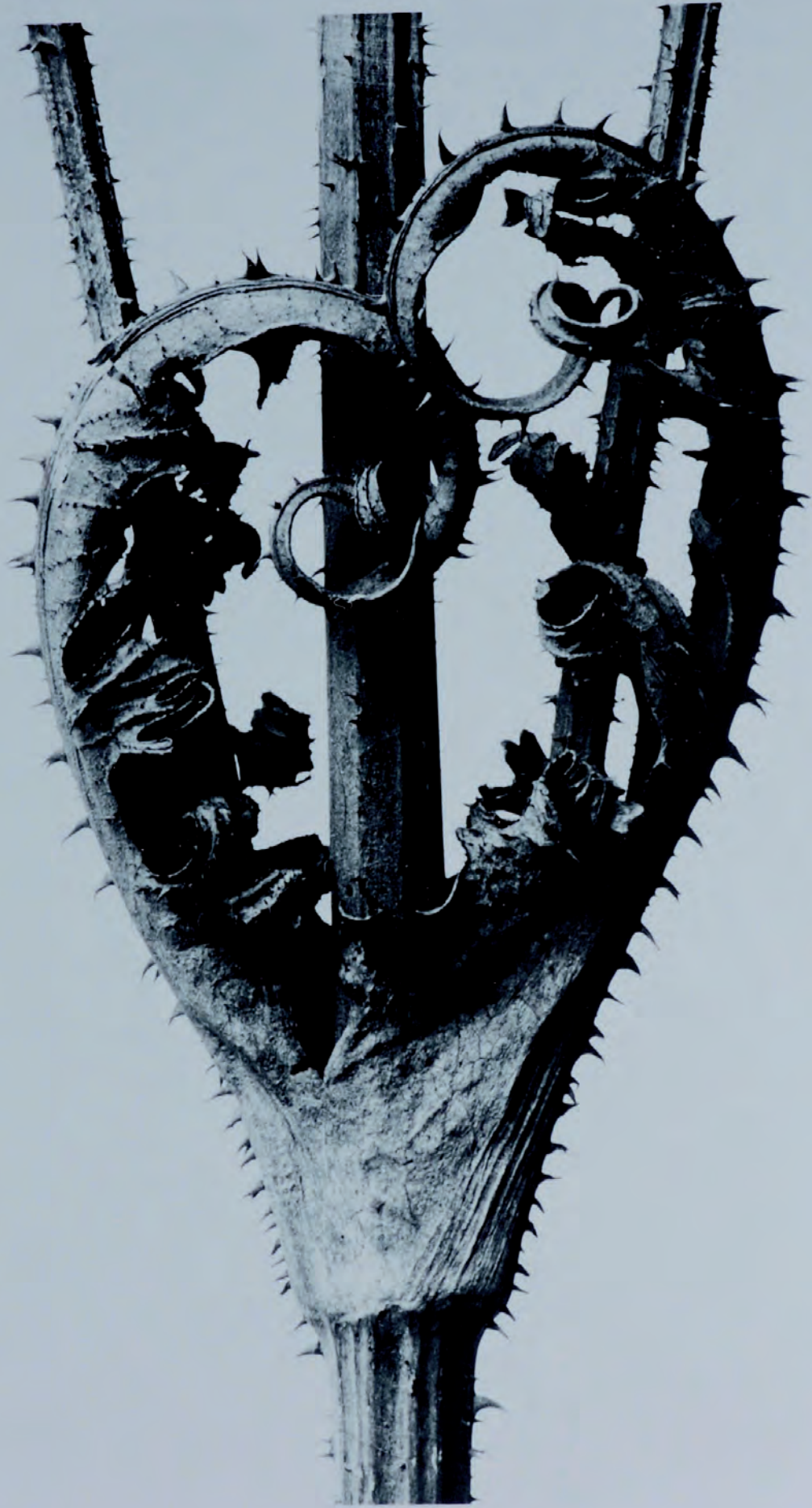
studiert Rechtswissenschaften
und absolviert derzeit ein Praktikum an der
österreichischen Botschaft in Washington.

FOTOGRAFIS

COLLECTION RELOADED BANK AUSTRIA KUNSTFORUM



BERND UND HILLA BECHER | FÖRDERTURM MERTHYR VALE COLLIERY, SCHACHT II, 1966
SCHWARZ-WEISS-FOTOGRAFIE, 32,5 X 26 CM, SAMMLUNG FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN



KARL BLOSSFELDT | *DISPASCUS IACINIATUS*, AUS: KARL BLOSSFELDT, 12 BILDER, 1900-28 (1975)
SCHWARZ-WEISS-FOTOGRAFIE, 26 X 20,5 CM, KUNSTSAMMLUNG BANK AUSTRIA, WIEN

Der US-Wahlkampf in Österreich

US-WAHL Der US-amerikanische Präsidentschafts-Wahlkampf hat auch einen exterritorialen Nebenschauplatz in Österreich: Wir haben die »Democrats Abroad« gebeten, uns Einblicke in ihre Organisation, ihre Teilnahme am Konvent in Denver, sowie ihre Erwartungen an die Wahl zu geben. Ein Kommentar von Stanley Hale und seinem Team.

Aus aller Welt reisten 22 Delegierte – darunter acht »Super«-Delegierte – nach Denver, um Auslandsdemokraten beim Demokratischen Nationalkonvent vom 25. bis 28. August zu vertreten. »Democrats Abroad« ist die offizielle Vertretung der Demokratischen Partei für im Ausland lebende Demokraten. Da jede(r) Delegierte je eine halbe Stimme hatte, wurden elf volle Stimmen beim Konvent abgegeben.

Ausgehend vom Verhältnis des Votums der von *Democrats Abroad* abgehaltenen globalen Vorwahl in Februar wären die Delegierten verpflichtet gewesen 7½ Stimmen für Senator Barack und 4½ Stimmen für Hillary Clinton abzugeben. Senator Clinton hat allerdings bei der Abstimmung am Konvent beantragt, dass Senator Obama per Akklamation gewählt wird.

Jedes Mitglied der internationalen *Democrats Abroad*-Delegation beteiligte sich an der von Nancy Pelosi (Sprecherin des Repräsentantenhauses und dauernde Vorsitzende des Konvents) ins Leben gerufenen Aktion »Green Delegate Challenge«, indem sie eine freiwillige Umweltspende (»carbon offset«) für ihre Flüge leisteten.

Gesamt gesehen war diese Delegation zum Konvent in Denver eine rundum gelungene Sache. »Sie war eindeutig grün, sprach fließend 12 Sprachen und reiste insgesamt 200.000 Kilometer zum Konvent«, so Christine Schon Marques, internationale Vorsitzende von *Democrats Abroad*. (Es darf erwähnt werden, dass es eine Gruppe gibt, die sich »Republicans Abroad« nennt, die aber keinerlei formelle Funktion in der nationalen Republikanischen Partei hat.) *Democrats Abroad Austria* beteiligte sich aktiv an der Wahl dieser Delegierten.

Im Februar 2008 wurde ein Wahlzentrum in Wien für die globale Präsidentenvorwahl eingerichtet. An die 300 in Österreich lebende Demokraten gaben ihre Stimmen dort persönlich ab. Zusätzlich zu den im Wahllokal abgegeben Stimmen wurden ungefähr 400 Stimmen per Internet, Fax und Post abgegeben.

Weltweit beteiligten sich ca. 23.000 Demokraten aus 72 Ländern an dieser von *Democrats Abroad International* mit beachtlichem Aufwand organisierten Wahl. Es gab dabei die Möglichkeit entweder per Internet über die eigens eingerichtete Webseite, per Fax, per Post oder persönlich in 32 Wahlzentren auf der ganzen Welt zu wählen. Wahlzentren gab es u. a. in Hotels in Australien und Costa Rica, in einem Pub in Irland, und in einem Starbucks Kaffeehaus in Thailand.

Im Rahmen eines ausgeklügelten Verfahrens wurden im Anschluss an die Vorwahlen in Wien VertreterInnen zur regionalen Versammlung in Brüssel im März bestimmt. Dort wurden wiederum Vertreter zur internationalen Konferenz in Vancouver (Kanada) im April gewählt. Ein Teil der Delegierten nach Denver wurde in Brüssel gewählt, der Rest in Vancouver.

BIS ZU SECHS MILLIONEN

Es wird geschätzt, dass bis zu sechs Millionen Amerikaner im Ausland leben. Deshalb ist es ein primäres Anliegen von *Democrats Abroad*, möglichst viele im Ausland lebende Amerikaner, egal welcher Parteizugehörigkeit, zu motivieren nicht nur bei den Vorwahlen, sondern auch per Briefwahl bei Kongresswahlen und Präsidentschaftswahlen in den USA zu wählen. Seit der Gründung von *Democrats Abroad* 1964 (*Democrats Abroad*

Austria wurde als Teilniederlassung 2003 gegründet) werden immer mehr Instrumente entwickelt, um es Auslandsamerikanern so bequem und einfach wie möglich zu machen, von ihrem verbrieften Recht Gebrauch zu machen bei amerikanischen Präsidenten- und Kongresswahlen zu wählen. Unzählige Fibeln, Verzeichnisse, Werbeinitiativen in den Medien, große und kleine Feste, auf die Bedürfnisse von jedem einzelnen Bundesstaat abgestimmte Formulare, wiederholte intensive Gespräche mit Freunden und Bekannten, ein professionelles Youtube-Video mit Gwyneth Paltrow (www.democratsabroad.org) und schließlich Aktionen in den Straßen Wiens und anderen Bundeshauptstädten – all das, um diese wichtige Botschaft zu vermitteln.

Außerdem wurde eine einfach zu bedienende Webseite entwickelt (VoteFromAbroad.com), die es jedem amerikanischen Staatsbürger ermöglicht, die Briefwahl zu beantragen, auch, wenn er/sie nie in den Vereinigten Staaten gewohnt hat.

NEU UND UNERWARTET

Die Wahl von Sarah Palin zur Vizepräsidentenskandidatin der Republikaner hat ein neues und unerwartetes Element in die Präsidentenwahl eingebracht. Heinz Gärtner vom Österreichischen Institut für Internationale Politik sollte Recht behalten, als er kürzlich meinte, scheinbar unwesentliche Entwicklungen in der amerikanischen Tagespolitik könnten einen großen und unerwarteten Einfluss auf das Wählerverhalten der Amerikaner haben. Der Verfasser dieser Zeilen befindet sich derzeit im Herzen Amerikas, im mittelwestlichen Bundesstaat Minnesota, mit Zugang zu all den Fernsehsendern, die 24 Stunden vor allem über »Election 2008« oder »Decision 2008« berichten. Das Phänomen Palin hat in der Tat eine große Wende bei der bevorstehenden Wahl bewirkt.

Die »Jetzt erst recht«-Gesinnung macht sich in Amerika breit. Eine junge Amerikanerin fährt 100 Kilometer zu einer Wahlveranstaltung um eine Politikerin zu erleben, »die so ist, wie ich«. Dass Sarah Palin eine Wahl in letzter Minute war, dass

ihre Vergangenheit von den McCain-Wahlmanagern kaum untersucht wurde, dass sie erst vor einem Jahr einen Reisepass beantragte, dass sie sich nie zu irgendeinem Thema der Auslandspolitik geäußert hat, dass sie Gouverneurin von einem Bundesstaat mit knapp über 600.000(!) Einwohnern ist, dass sie sich erst über einer Woche nach ihrer Wahl als Vizepräsidentenskandidatin einem einzigen Journalisten stellte, dass sie sogar in wesentlichen politischen Fragen, wie Abtreibung, Homoehe und Stammzellenforschung von der Meinung Senator McCains abweicht – all diese Tatsachen spielen nur eine untergeordnete Rolle bei jenen unabhängigen Amerikanern, die die Wahl 2008 jetzt plötzlich so spannend machen.

Laut Umfragen (die in Amerika zu einer wichtigen und relativ genauen, von großen Geldsummen gespeisten, Wissenschaft geworden sind) ist sogar die von der Demokratischen Partei lang erhoffte und erwartete große demokratische Mehrheit im US-Senat und Repräsentantenhaus in Frage gestellt. Ein Blick auf die neuesten Umfrageergebnisse in den Schlüsselstaaten, wo die einfache Mehrheit bestimmt, wer alle Wahlmännerstimmen bekommt, zeigt, dass diese Wahl 2008 genauso knapp ausfallen könnte, wie die in den Jahren 2000 und 2004.

Wenn man bedenkt, dass George Bush (offiziell) die Wahl in Florida in 2000 mit knapp über 500 Stimmen gewann, wird es nachvollziehbar, mit welcher Energie, Überzeugung und Hingabe *Democrats Abroad Austria* als Teil einer großen internationalen Organisation möglichst viele Auslandsamerikaner davon überzeugen will, was für ein universelles Schicksal in der Schwebe hängt, und – dass jede Stimme zählt. ●

STANLEY HALE

ist Medienkoordinator der »Democrats Abroad Austria«.





Die Integration Lateinamerikas

LATEINAMERIKA Die radikalen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die Lateinamerika im letzten Jahrzehnt durchgemacht hat, spiegelt sich auch in neuen Formen wirtschaftlicher und politischer Integration der lateinamerikanischen Staaten wider.

Nach dem Scheitern der spezifisch lateinamerikanischen Variante des Keynesianismus in Lateinamerika und der Karibik und der Etablierung von Militärdiktaturen in den meisten Staaten des Kontinents, wurde der Neoliberalismus bestimmendes wirtschaftspolitisches Paradigma¹ Lateinamerikas. Die Militärdiktaturen bereiteten dabei den Boden für den Neoliberalismus, indem sie Gewerkschaften und linke Parteien zerschlugen und ihre AnhängerInnen verfolgten und ermordeten.

Am prominentesten ist hier sicherlich das Beispiel Chile, wo Augusto Pinochet und seine Militärregierung nach dem erfolgreichen Putsch gegen Salvador Allende die so genannten »Chicagos Boys« (die wirtschaftspolitischen Schüler Milton Friedmans von der University of Chicago) ins Land holte, um Chile in das erste Laboratorium des Neoliberalismus zu verwandeln. Noch bevor mit Margaret Thatcher (1979) und Ronald Reagan (1981) der Neoliberalismus im Westen Einzug hielt, konnten die Theoreme des Monetarismus in Chile erprobt werden.²

Die sozialen Folgen dieser neoliberalen Politik waren verheerend und verschafften den 80er-Jahren den unrühmlichen Beinamen »verlorenes Jahrzehnt«³, was sich in Zahlen darin ausdrückt, dass das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1980 und 1990 um mehr als acht Prozent fiel.⁴

In den 90er-Jahren war die Zeit der Militärdiktaturen zu Ende. Allerdings war die danach einsetzende Demokratisierung nicht Ergebnis demokratischer Revolutionen, sondern Ergebnis eines zumeist von den Diktaturen initiierten Prozesses. Die Eliten der Diktatur sicherten sich Straffreiheit und

zumeist auch noch erheblichen politischen Einfluss. Gleichzeitig gab es als Folge der Diktaturen keine Linke mehr, die die Demokratie dazu nutzen hätte können, ein alternatives Entwicklungsprojekt mehrheitsfähig zu machen. Durch den bewaffneten Kampf, die Verfolgung und den Gang ins Exil, sowie eine weltweite Stimmung vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama) waren die traditionellen linken Parteien inhaltlich ausgedünnt oder marginalisiert. Der Neoliberalismus blieb also auch im demokratischen Rahmen hegemonial.

BEI DEN INTERESSEN DER MENSCHEN

Nichtsdestotrotz waren die 90er-Jahre auch eine Zeit, in der sich unzählige neue soziale Bewegungen formierten. Im Gegensatz zur Linken der 60er- und 70er-Jahre, die eingebettet in den Kalten Krieg, ein klar definiertes Ziel für die gesamte Gesellschaft hatte und es avantgardistisch vertrat, setzten die sozialen Bewegungen der 90er-Jahre zunächst bei den unmittelbaren und eigenen Interessen der Menschen an, wie etwa die Bewegung der Landlosen (MST) in Brasilien oder der Aufstand der indigenen Zapatistas in Mexiko 1994. Anstelle der einen Alternative zum Neoliberalismus entwickelten sich so viele. Dem TINA-Prinzip (»There is no Alternative«) von Thatcher wurde so das TATA-Prinzip (»There are thousands of alternatives«) entgegengesetzt.⁵

Damit die Hegemonie des Neoliberalismus gebrochen werden konnte, brauchte es aber nicht nur jene Bewegung von unten, die ihn delegitimierten. Als ein weiterer bedeutender Faktor kamen sicherlich die Wirtschaftskrisen Anfang des neuen Jahrtausends hinzu. Insbesondere die schwere Wirtschaftskrise in Argentinien 2001/2 führte den Neoliberalismus an sein wirtschaftliches Ende. Allein im Jahr 2002 schrumpfte

- 1) Kerstin Sack / Steffen Stierle u.a., Vom Süden lernen. Lateinamerikas Alternativen zum Neoliberalismus, Hamburg 2008, 21
- 2) Günther Wessel, Die Allendes. Mit brennender Geduld für eine bessere Welt, Frankfurt 2002, 149
- 3) Sack/Stierle, 2008, 23
- 4) Ebd.
- 5) Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen, Hamburg 2007, 9f.
- 6) Vgl. Nicola Sekler, Postneoliberalismus; in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen, Hamburg 2007, 170-172

te die Wirtschaftsleistung um mehr als 20 Prozent. Der kurze Traum, zur ersten Welt zu gehören, war ausgeträumt, die Mittelklasse zog damals – auf leeren Kochtöpfen trommelnd – protestierend durch die Straßen von Buenos Aires und war nun nach ihrem finanziellen Ruin nicht mehr länger die soziale Basis des Neoliberalismus.

Um den Neoliberalismus in Lateinamerika zu überwinden, war aber schließlich ein drittes Element notwendig. Seine reine Diskreditierung durch die Kämpfe sozialer Bewegungen und die wirtschaftlichen Folgen in Form von Wirtschaftskrisen reichten nicht aus, schließlich bedurfte es alternativer Bewegungen mit einer Perspektive zur Macht. Angefangen mit Venezuela 1998, wechselte seit der Jahrtausendwende eine Regierung nach der anderen in die Hand der Linken. Von einem simplen Linksruck zu sprechen wäre dabei aber zu einfach. Grob könnte man zwischen einer sozialdemokratischen Linken (Lula in Brasilien, Michelle Bachelet in Chile, Tabero Vazquez in Uruguay) und dem Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts (Chavez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador) unterscheiden.

Während erstere eine nach wie vor weltmarktorientierte neoliberale Wirtschaftspolitik mit linken Akzenten in der Sozial- und Bildungspolitik verbindet, strebt letztere ein über den Kapitalismus selbst hinausreichendes Ziel an. Die Unterscheidung lässt sich auch daran festmachen, dass jene Länder die sich dem Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts verpflichtet fühlen einen Prozess der staatlichen Neugründung mit Verfassungsgebenden Versammlungen betreiben, während die sozialdemokratischen Regierungen auf Basis der bestehenden Institutionen arbeiten. Der Prozess staatlicher Neugründung enthält durch die Festschreibung von sozialen Rechten und Privatisierungsverboten.

Seitdem diese drei oben beschriebenen Faktoren den Neoliberalismus als vorherrschendes Paradigma in Lateinamerika beseitigt haben, kann man von einer Konstellation sprechen,

- 7) Vgl. www.ftaa-alca.org
- 8) Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf, Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007, 63
- 9) Jens Winter, Transnationale Arbeitskonflikte. Das Beispiel der hegemonialen Konstellation im NAFTA-Raum, Münster 2007, 136
- 10) Mike Davis, Magical Urbanism. Latinos Reinvent the U.S. City, New York 2001, 31
- 11) Vgl. Winter, 2007, 123
- 12) Davis, 2001, 41

welche sich am besten mit dem Begriff »post-neoliberal« fassen lässt. Der Begriff schließt dabei sowohl an emanzipatorische Projekte und Praxen an, welche nicht nur über den Neoliberalismus, sondern auch über den Kapitalismus hinausweisen, als auch auf Restrukturierungsprozesse eines Neoliberalismus mit sozialem Antlitz.⁶

ALCA – INTEGRATION VON AUSSEN

ALCA/FTAA (Área de Libre Comercio de las América/Free Trade Area of the Americas) ist der neben dem NAFTA-Abkommen (*North Americas Free Trade Area*) wohl das prominenteste Projekt einer wirtschaftlichen Integration von Außen bzw. vom Norden her. Der Plan eine gesamtamerikanische Freihandelszone von Alaska bis Feuerland zu schaffen geht auf einen Vorschlag von Bush sen. aus dem Jahre 1991 zurück; die Verhandlungsrunden starteten aber erst im Jahr 1999.⁷ In die Verhandlungen wurden 34 amerikanische Staaten eingebunden (d.h. sämtliche Staaten mit Ausnahme Kubas). Dieser Prozess begann also zu einer Zeit als noch in fast ganz Lateinamerika neoliberale Politiken die herrschenden Paradigmen waren. Der Freihandel war dementsprechend vorherrschende Ideologie.

Am Beispiel NAFTA lässt sich sehen, dass es keineswegs um eine politische Integration im Sinne »positiver Integration«⁸ geht, sondern, dass es sich bei NAFTA, ebenso wie bei ALCA um ein Projekt handelt, dass »die Verwertungsbedingungen primär der international orientierten Kapitalfraktionen in der Region [...] optimieren soll«.⁹ Am Beispiel Mexikos lassen sich die Auswirkungen gut verdeutlichen: »NAFTA in short, has utterly failed to raise Mexican wages, stabilize internal interest rates or reduce the need to emigrate.«¹⁰ Vielmehr wurde Mexiko durch die aufstrebende Maquiladora-Industrie zur verlängerten Werkbank der USA.¹¹ Das Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens 1994 fiel im Übrigen auch mit einer weitreichenden Militarisierung der Grenze zwischen Mexiko und den USA zusammen.¹²

Durch die oben beschriebenen Entwicklungen wurde der Neoliberalismus aber zu Beginn des neuen Jahrtausends in der südlichen Hälfte des Kontinents zunehmend delegitimiert. Im Jahr 2005 auf der Konferenz der amerikanischen Staats- und Regierungschefs im argentinischen Plata del Mar wurde ALCA vorläufig zu Grabe getragen.

Das Scheitern von ALCA hat aber nicht dazu geführt, dass die USA auf ihre Freihandelpolitik verzichten. Anstelle des Versuches den ganzen Kontinent in einer Freihandelszone zu vereinen, setzten sie nun, ebenso wie die europäische Union¹³ vermehrt auf den Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen¹⁴.

MERCOSUR UND UNASUR

Der MERCOSUR (Mercado Comu del SUR/Gemeinsamer Markt des Südens) wurde 1991 in Asuncion von Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay gegründet. Grundlage des MERCOSUR sind freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital durch den Abbau von Zöllen und nicht-tariflichen Handelshemmnissen, Schaffung gemeinsamer Außenzölle zu Drittstaaten oder anderen Wirtschaftsböcken und die Koordinierung der Makropolitik.

Der Handelsblock umfasst 260 Millionen Menschen und ein Bruttoinlandsprodukt von etwa einer Billion US-\$ und schließt mit Brasilien und Argentinien die beiden größten Volkswirtschaften des Kontinents ein.¹⁵ In den 90er Jahren gefeiert, schwächten sich die Integrationsprozesse seit dem Ende des Jahrzehnts ab, als deutlich wurde, dass sich auch Wirtschaftskrisen nun »freier bewegen« konnten.

Seit 2006 hat MERCOSUR wieder an Fahrt gewonnen. Dies ist vor allem dem Beitritt Venezuelas geschuldet, das seit diesem Jahr Vollmitglied ist. Gleichzeitig beginnt es damit aber auch seinen Charakter zu verändern, indem ein Parlament des MERCOSUR gebildet wurde. Auch haben nun beispielsweise Kooperativen ein eigenes Gremium und es mit regionalen

Entwicklungsfonds wird gezeigt, dass Integration mehr ist als auf die Kräfte des Marktes zu vertrauen.¹⁶

Die UNASUR (Union südamerikanischer Nationen) umfasst seit der offiziellen Gründung am 23. Mai 2008 zwölf Mitgliedstaaten und damit alle Länder des Subkontinents. Das ehrgeizige Ziel dieser neuen Staatengemeinschaft ist es, bis 2025 eine mit der EU vergleichbare politische Integration, einschließlich gemeinsamer Währung und gemeinsamen Reisepässen, zu erreichen.¹⁷

Realistischerweise ist derzeit nicht davon auszugehen, dass UNASUR den angestrebten Grad an Integration besonders rasch erreichen wird; zu schwerwiegend scheinen dabei die Unterschiede und auch unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten. Einen ersten großen Erfolg scheint UNASUR aber dieser Tage bereits verbuchen zu können. Als in Bolivien die rechten autonomistischen Präfekten der Tieflandprovinzen versuchten, einen zivilen Putsch gegen Evo Morales und sein politisches Projekt einer Neugründung des Staates durchzuführen, reagierte die UNASUR sofort.¹⁸ Auf einem Gipfeltreffen der UNASUR in Santiago de Chile stärkten die Mitgliedsstaaten Morales den Rücken. Während Chavez erklärte, ein Chile 1973 werde sich 35 Jahre später nicht noch einmal wiederholen, versprach Lula, keine andere Regierung anerkennen zu wollen, als die von Evo Morales.

Mit der Bank des Südens wurde 2007 die lateinamerikanische Antwort auf IWF und Weltbank gegründet. Die Gründungsstaaten Venezuela, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay stellten die neue Bank mit 7 Mrd. US-\$ Startkapital aus. Ziel und Aufgabe der Bank ist die Finanzierung regionaler Entwicklungsprojekte. Die Gründung der Bank fällt zusammen mit einer schwindenden Bedeutung des IWF auf dem Kontinent. Mittlerweile haben Argentinien, Brasilien, als auch Ecuador ihre Schulden bei der internationalen Finanzinstitution getilgt – zum Teil mit der Hilfe venezolanischer Erdöl-Milliarden.¹⁹

- 13) Thomas Fritz, ALBA contra ALCA. Die Bolivarianische Alternative für die Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler Integration in Lateinamerika, Berlin 2007, 9; Altwater, 2007, 170
- 14) Lateinamerika Nachrichten 373/374, Sandra Schuster: Die Mühlen der Regionalen Integration; Soziale Aspekte unter den Rädern der Wirtschaftsliberalisierung, Berlin 2005, www.lateinamerikanachrichten.de
- 15) Jason Tockman, Chávez, Morales Seek Transformation of MERCOSUR Trade Bloc, 2007, www.venezuelaanalysis.com
- 16) Lateinamerika Nachrichten 405, MERCOSUR - Vom Wandel erfasst?, Interview mit Claudia Sanchez Bajo, Berlin 2008, 47-50
- 17) www.PortalAmerika21.de
- 18) <http://derstandard.at/?url=/?id=1220458265938>, 17.9.2008

- 19) Ebd.
- 20) Erik Hildebrandt, Sonnenaufgang im Süd-Westen. Entwicklungspolitische Potentiale der ALBA, 2008 www.engagiertwissenschaft.de
- 21) Thomas Fritz, ALBA contra ALCA . Die Bolivarianische Alternative für die Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler Integration in Lateinamerika, Berlin 2007, 14
- 22) Ders., 15
- 23) Ebd.
- 24) Ebd.
- 25) Ders., 17

EIN ALTERNATIVES INTEGRATIONSPROJEKT

ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América) geht bereits auf einen Vorschlag von Hugo Chavez aus dem Jahr 2001 zurück. Institutionelle Gestalt nahm das Projekt aber erst mit dem ALBA-Vertrag zwischen Venezuela und Kuba vom 14. Dezember 2004 an.²⁰ Diesem Vertrag traten bis heute Bolivien, Nicaragua und zuletzt im September 2008 Honduras bei. Dies ist der engere Kreis von ALBA, dessen Ziel in einem neuen Verständnis der Kooperation liegt. Wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse Instrument nachhaltiger Entwicklung sein, auf unterschiedliche Entwicklungsgrade der Teilnehmenden Rücksicht nehmen und soziale Ziele – wie etwa den Kampf gegen den Analphabetismus verfolgen. Wirtschaftliche Kooperation und Ergänzung sollen an die Stelle des Wettbewerbs zwischen Ländern treten und die Abhängigkeit von ausländischen Investoren beseitigen.

Eines der wichtigsten mit ALBA verknüpften Projekte stellt derzeit der Handelsvertrag der Völker TCP (Tratado de Comercio de los Pueblos) dar. Der TCP versteht sich explizit als Gegenentwurf zum neoliberalen Freihandel, dem er kooperative und indigene Formen der Ökonomie entgegensetzt. Dem Prinzip des Wettbewerbs setzt er das Prinzip der Komplementarität entgegen.²¹ Von den teilnehmenden Ländern wird auch tatsächlich das in die gegenseitigen Beziehungen eingebracht, über das sie verfügen.

Kuba hilft Bolivien beim Aufbau von sechs Augenheilkundezentren, entsendet 600 medizinische Fachkräfte, baut 60 Feldkrankenhäuser und kommt für deren Unterhalt auf, nimmt 5.000 StipendentInnen aus Bolivien für das Medizinstudium auf und nicht zuletzt unterstützt es, wie schon in Venezuela, das nationale Alphabetisierungsprogramm. Venezuela, der wirtschaftlich stärkste Teilnehmer des TCP, liefert Öl, Asphalt und Treibstoff, deren Gegenwert zum Teil in Waren zu begleichen ist (was einem devisenarmen Land wie Bolivien natürlich entgegenkommt). Darüber hinaus stellt es Know-How für Boliviens Gasförderung bereit und hat einen 100

Millionen US-\$ schweren Fonds für produktive Investitionen bereitgestellt.²²

Boliviens Beitrag zu dem Vertrag ist vergleichsweise bescheiden. Im Vertrag wird lediglich festgehalten, dass es mit Agrar- und Mineralexporten beitrage und ferner sein Wissen über indigene Kultur und Naturheilkunde einbringe.²³ Bolivien wird zusätzlich noch ein freier Zugang auf den venezolanischen und kubanischen Markt gewährt, während umgekehrt Bolivien seine Zölle nicht senken muss (lediglich venezolanische und kubanische Staatsunternehmen, die in Bolivien investieren, sind bis zur Amortisierung der Investition von Gewinnsteuern befreit).

Nicht zuletzt hat sich insbesondere Venezuela dazu bereit erklärt, bolivianisches Soja aufzukaufen, das zunehmend von brasilianischen und kolumbianischen Exporten verdrängt wird.²⁴ Der TCP kann also zu Recht für sich beanspruchen, tatsächlich ein Gegenentwurf zu neoliberalen Freihandelszonen zu sein und tatsächlich eine alternative Entwicklung zu befördern.

EMPRESUR – ZWISCHEN STAAT UND BEWEGUNG

Ein interessantes Beispiel wie soziale Bewegungen und staatliche Integrationsprojekte miteinander verknüpft werden können, stellt die Konferenz der Besetzten Betriebe vom Oktober 2005 in Caracas dar. Auf Initiative der argentinischen MNER (Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas/Nationale Bewegung der wiederangeeigneten Betriebe) und dem venezolanischen Dachverband der Gewerkschaften UNT (Union Nacional de los Trabajadores/Nationale Arbeiterunion) fanden sich in Caracas über 700 VertreterInnen von 250 selbstverwalteten Betrieben zusammen.

Chavez trat als Gastredner auf und schlug die Gründung eines lateinamerikanischen Netzwerkes selbstverwalteter Betriebe, EMPRESUR, vor und bot sogleich an, einen Fonds von fünf Millionen US-\$ dafür einzurichten. Dass es den Teil-

26) Opec, Annual Statistical Bulletin 2007, Wien 2007, 9

27) Lateinamerika Nachrichten 384, Helden des Chaco. Bolivien nationalisiert Öl- und Gasreserven, Berlin 2006, , www.lateinamerikanachrichten.de

28) Lateinamerika Nachrichten 411/412, Rafael Correa bleibt auf Erfolgskurs. Gute Aussichten auf Annahme der Verfassung, Berlin 2008, 15-18

29) www.pdvsa.com (eigene Übersetzung)

nehmerInnen des Kongresses um mehr ging, als bloß darum eine Enklave in der kapitalistischen Ökonomie darzustellen wurde in der Rede eines Teilnehmers deutlich: »Das Unternehmen, auf dessen Zurückgewinnung wir abzielen, sind unsere gesamten Länder.«²⁵ Auf diese Weise gewendet gewinnt das neoliberale Bild vom Unternehmen Staat eine ganz neue Bedeutung.

DAS »SCHMIERMITTEL DER INTEGRATION«

Ein wichtiger Faktor in den sich derzeit vollziehenden Integrationsprozessen spielt das Thema Energie. Dass Venezuela heute die Möglichkeit hat, nicht nur im Land selbst ein beispielloses Entwicklungsprojekt zu starten, das die Lebenssituation der breiten Bevölkerungsmehrheit entschieden verbessert, sondern darüber hinaus derzeit zu den Ländern des Kontinents zählt, die eine regionale Integration am entschiedensten vorantreibt, hat nicht zuletzt damit etwas zu tun, dass es derzeit der fünfgrößte Erdölexporteur der Welt ist und mit ca. 100 Mrd. Barrel Reserven auch noch eine geraume Zeit über den Rohstoff Öl verfügen wird.²⁶

Venezuela hat durch die Re-Nationalisierung seiner Bodenschätze wesentlich dazu beigetragen, eine Nationalisierungspolitik in der Region wieder möglich zu machen, ja einen Nationalisierungsdiskurs selbst wieder vorherrschend zu machen. So hat inzwischen auch Bolivien seine Erdgas- und sonstigen Rohstoffvorkommen verstaatlicht²⁷ und der Verfassungsentwurf, der vor wenigen Wochen in Ecuador in einem Referendum die Zustimmung erhielt, sieht dies ebenfalls vor.²⁸

Venezuela hat in den vergangenen Jahren seinen Öl-Reichtum sowohl indirekt als auch direkt für seine Bestrebungen einer regionalen Integration verwendet. Indirekt indem es sich politische Loyalitäten erkaufte und direkt indem die »Integration der staatlichen Energieunternehmen Lateinamerikas und der Karibik«²⁹ angestrebt wird. Dieses umfassende Projekt zur »energetischen Integration der Völker des Kontinents

im Rahmen der bolivarianischen Alternative für Amerika«³⁰ nennt sich Petroamerica. Basieren soll Petroamerica auf den Prinzipien: Solidarität und Komplementarität zwischen den Ländern, sowie der fairen und demokratischen Nutzung der Ressourcen zur Entwicklung der Völker.³¹

Projekte wie das Gran Gasoducto del Sur, bei dem die längste Erdgaspipeline der Welt über 8000 Kilometer, von Venezuela über Brasilien nach Argentinien, gebaut werden soll, werfen aber auch die Frage auf wie gut sich fossile Energie für eine nachhaltige und solidarische Entwicklung eignen. Nicht nur würde die geplante Pipeline durch ökologisch sensible Regionen wie die venezolanische Gran Sabana und das brasilianische Amazonien führen, sondern sie würde Venezuela auch zu einem direkten Konkurrenten Boliviens auf dem brasilianischen Energie-Markt machen.³²

PERSPEKTIVEN

Die Frage ob Erdöl ein geeignetes Integrations-Vehikel ist lässt sich nicht so einfach beantworten. Tatsächlich sind die fossilen Rohstoffe Venezuelas und Lateinamerikas eine der Ursachen für die langdauernde wirtschaftliche Abhängigkeit und Unterordnung gewesen. Nun, da die Rohstoffe aber in der Hand des Staates sind, können sie das erste Mal für ein weiterführendes Entwicklungsprojekt verwendet werden, das die Länder des Südens aus ihren Abhängigkeiten befreit. Dies kommt zum Beispiel im Kampf um Nahrungsmittelsouveränität zum Ausdruck, der derzeit in Venezuela geführt wird und ohne die ÖL-Einnahmen nicht zu finanzieren wäre³³, doch besteht stets die Gefahr, dass die bolivarianische Revolution nicht über einen »Rentensozialismus«³⁴ hinaus kommt.

Die revolutionären Projekte, besonders das in Venezuela, sind nach wie vor enorm vom Öl-Preis abhängig. Was nun aber die lateinamerikanische Ebene betrifft, so scheint es schwierig zu sein, einer Integration, die auf fossiler Energie und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beruht, eine den vorhergegangenen Entwicklungsmodellen grundsätzlich an-

30) Ebd.

31) Ebd.

32) Fritz, 2007, 26ff

33) Vgl. Bea Müller, Der venezolanische Rentensozialismus; in: Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Heft 71, Berlin 2007

34) Ebd.

35) Hildebrandt, 2008, 108 ff.

dere Logik zu geben. Dies ist auch ein Problem, das ALBA und die damit verbundenen Projekte immer wieder in Widerspruch mit sozialen Bewegungen bringen. Nicht zuletzt werden auch neue Abhängigkeiten geschaffen. Kuba ist heute im Prinzip von venezolanischen Öl-Lieferungen abhängig und mit rund 3 Mrd. US-\$ auch hoch bei seinem Verbündeten verschuldet. Ein Regime-Wechsel in Venezuela hätte so gesehen fatale Auswirkungen, auch wenn diese nicht mit den Auswirkungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion zu vergleichen wäre.³⁵

Trotzdem hat Venezuela mit ALBA ein neues Entwicklungsmodell auf die Tagesordnung gesetzt, das als echte Alternative zum Neoliberalismus verstanden werden kann. Die venezolanischen Öl-Milliarden mögen zwar die Bedingung dafür sein, ohne diesen Ressourcen-Reichtum hätte Lateinamerika allgemein und Venezuela im Besonderen heute aber nicht jene Autonomie gegenüber dem Norden. Ob es gelingt mit dem Erdöl ein nachhaltiges Entwicklungsprojekt zu finanzieren, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Kraft eine Integration von unten entfalten kann. Dabei geht es nicht bloß um die Frage, ob soziale Bewegungen genügend Macht entfalten können, sondern auch darum, ob es ihnen gelingt, Alternativen zu formulieren und durchzusetzen. ●

MARTIN A. KONECNY

studiert Politikwissenschaft in Wien und beschäftigt sich seit Jahren mit den politischen Prozessen in Lateinamerika.



HENRI CARTIER-BRESSON | GUARD REPUBLICAN, 1943

GELATINSILBER, 44,8 X 29,8 CM, SAMMLUNG FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN



MAN RAY (EMMANUEL RUDNITZKY) | PORTRAIT OF MERET OPPENHEIM, 1933

TEIL-SOLARISATION, 28,6 X 21,2 CM, SAMMLUNG FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN

© MAN RAY TRUST, PARIS/VBK, WIEN, 2008

Ein Weg nach vorne?

DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE Die Kür des künftigen SPD-Kanzlerkandidaten entwickelte sich Anfang September mit dem Rücktritt des SPD-Chefs Kurt Beck zum nächsten Akt der Dauerkrise der deutschen SozialdemokratInnen. Während sich die Medienberichterstattung auf die personellen SPD-Intrigen konzentrierte, wird die programmatische Dimension der Krise weiterhin ignoriert.

Nach Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder, Franz Müntefering und Matthias Platzeck verbrauchte die SPD Anfang September 2008 ihren fünften Parteivorsitzenden in nur zehn Jahren. Die Nummer Sechs in diesem Jahrzehnt ist aber durchaus kein Unbekannter: Franz Müntefering kehrt aus der Politpension an die Parteispitze zurück und soll gemeinsam mit dem frischgebackenen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahlen 2009, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, die SPD aus dem Tal der Tränen führen, in dem sich die Partei gegenwärtig befindet. 2005 hatte die SPD den Kanzlersessel an Angela Merkel verloren, seither ging es weiter bergab. Im Bund grundelt die Partei in Umfragen deutlich unter dreißig Prozent herum, mit der Partei »Die LINKE« konnte sich erstmals auch in Westdeutschland eine linke Alternative in bisher vier Landtagen etablieren. Mitte 2008 folgte der nächste Tiefschlag: Erstmals in der Geschichte sank die Mitgliederzahl der Massenpartei SPD unter jenen der traditionell mitgliederschwächeren CDU.

EINE PROGRAMMATISCHE KRISE

Als Grund für dieses Dauertief mussten in den Medien zumeist die Führungs- und Medienschwäche des SPD-Frontmanns Kurt Beck, eine unklare Haltung zur Linkspartei oder das überlegene Geschick der CDU-Kanzlerin Angela Merkel herhalten. Aber nicht nur medial, auch in der parteiinternen Fehleranalyse blieb ein Faktor zumeist ausgeblendet: Die Politik von Becks Vorvorgänger Gerhard Schröder. Dessen »Agenda 2010«, die mit den »Hartz-Gesetzen« umgesetzt wurde, gilt bis heute als eine Art Dogma, dessen Unumstößlichkeit auch ohne Zutun des Papstes als gegeben angenommen wird. Selbst zaghafte Korrekturen, wie sie die Parteilinke und Kurt Beck selber am letzten SPD-Parteitag in Hamburg vornehmen

wollten, führten zu fast hysterische Reaktionen der »Schröderianer« in der Partei sowie der Medien. Als Franz Münteferings zeitgleich aus persönlichen Motiven das Vizekanzleramt verließ, wurde dieser Rücktritt prompt Kurt Becks »Packelei« mit der SPD-Linken angelastet. Die Revanche, so mutmaßen viele Beobachter, folgte nun im Herbst 2008, als Kurt Beck überraschend zurücktrat, weil er sich durch parteiinterne Intrigen rund um die Bestellung des SPD-Kanzlerkandidaten aller innerparteilichen Spielräume beraubt sah.

Doch die medial kolportierten persönlichen Ränkespiele an der Spitze der SPD und das personell ausgetragene Hick-Hack zwischen der SPD-Linken und den Parteirechten im »Seeheimer Kreis« können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gegenwärtige Krise mehr ist als das Unvermögen, eine pluralistische Partei zusammenzuführen und persönliche Eitelkeiten zu befriedigen. Es ist kaum als Zufall zu betrachten, dass sich große Teile der SPD-Führung einer rationalen Debatte um die »Agenda-Politik« zu entziehen versuchen. Wer die Krise der traditionsreichen SPD verstehen möchte, muss zunächst die »Agenda-Politik«, ihre Wurzeln und ihre Folgen verstehen. Denn die Krise der SPD ist keineswegs nur personeller Natur, sie ist in erster Linie programmatisch zu betrachten.

DAS SCHRÖDER-BLAIR PAPIER

Dabei ist der SPD keineswegs der Vorwurf zu machen, sie hätte keine programmatischen Überlegungen angestellt oder diese in ihrer konkreten Politik ignoriert. Im Gegenteil. Kaum zehn Jahre ist es her, da hatten Großbritanniens Premier Tony Blair und Deutschlands Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem gemeinsamen Dokument den »Weg nach vorne für Europas

Sozialdemokraten« skizziert. Das »Schröder-Blair-Papier«, das am 8. Juni 1999 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, sollte zum einen Blairs Anspruch auf eine europaweite Dimension seines »Dritten Weges«, den er mit »New Labour« in Großbritannien beschritt, unterstreichen. Zum anderen dokumentierte es aber vor allem auch die Richtungsänderung, die der frischgekürte SPD-Vorsitzende Schröder, nach dem fluchtartigen Rücktritt seines Weggefährten und Widersachers Oskar Lafontaine als Parteichef und Bundesfinanzminister im März 1999 zu vollziehen gedachte. Schon damals galt Lafontaine als »linker« Gegenpart zum »Pragmatiker« Gerhard Schröder, das »Schröder-Blair-Papier« sollte nun – neun Monate nach den klar gewonnen Bundestagswahlen und drei Monate nach dem Ausscheiden Lafontaines – die Abkehr vom bisher gepflegten sozialdemokratischen Traditionalismus markieren.

»EINE ANGEBOTSORIENTIERTE AGENDA«

Nach dem selbstgewählten Anspruch der Autoren sollte das Papier die Sozialdemokratie »auf der Basis ihrer alten Werte ihre Zukunftsentwürfe... erneuern und ihre Konzepte... modernisieren«. Konkret bedeutete das zunächst eine im Tonfall oftmals an neoliberale Parolen erinnernde Selbstkritik bisheriger sozialdemokratischer Politik: »Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben. ... Wir haben Werte, die den Bürgern wichtig sind – wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinnutzen – zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherungsstreben. ... Allzu oft wurden Rechte höher bewertet als Pflichten.«

Als Antwort auf die bisherigen Missstände sollten ArbeitnehmerInnen »neue Verantwortung« übernehmen. Denn »ein großer Teil« der in Europa herrschenden »Arbeitslosigkeit ist strukturell bedingt.« Ein »robuster und wettbewerbsfähiger marktwirtschaftlicher Rahmen« sollte nun durch »Körperschaftssteuerensenkungen ... Investitionsanreize« schaffen. »Um

die europäische Wirtschaft dynamischer zu gestalten, müssen wir sie auch flexibler machen. ... Die Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte müssen allesamt flexibel sein.« Das erfordere zum einen die »Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten durch strukturelle Reformen der sozialen Sicherungssysteme«. Zum anderen sollte »ein gestrafftes und modernisiertes Steuer- und Sozialleistungssystem« sicherstellen, »dass es im Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten«.

AUSGANGSPUNKTE DER »AGENDA-POLITIK«

Im Wesentlichen beinhaltete das Schröder-Blair-Papier also die Weichenstellungen, die Gerhard Schröder in den darauffolgenden Jahren vornahm. Bereits in seiner ersten Legislaturperiode erfolgte eine Reform der Rentengesetzgebung. Der gesetzliche Rentenanspruch wurde abgesenkt, im Gegenzug wurde eine staatlich geförderte private Rentenvorsorge geschaffen, die – nach dem Arbeits- und Sozialminister benannte – Riester-Rente. Damit wurden die Arbeitgeber im Bereich der Rentenvorsorge umfangreich entlastet. Gleiches galt für eine umfassende Senkung der Körperschaftssteuer, die schließlich sogar dazu führte, dass die Finanzämter in manchen Jahren mehr Steuern an Unternehmen rückerstatteten, als sie an Körperschaftssteuer einnahmen. Die Massenarbeitslosigkeit blieb unverändert hoch und drohte im Zuge der 2001/2002 einsetzenden Wirtschaftskrise, der Gerhard Schröder zunächst mit einer »Politik der ruhigen Hand« zu begegnen gedachte, sogar weiter anzusteigen.

Die Ursache dafür suchte die Bundesregierung aber nicht in ihrer eigenen makroökonomischen Politik. Ihr konjunkturschädigender Ansatz der Budgetsanierung in der Krise und Aufrufe zu »Lohnzurückhaltung« hatten zwar die Binnen- nachfrage und damit das Wachstum geschwächt. Die »strukturellen Ursachen« der Arbeitslosigkeit wurden dennoch in der Rigidität der Arbeitsmärkte ausfindig gemacht, derer man sich nunmehr annehmen wollte. Rechtzeitig vor der Bundestagswahl 2002 richtete die Bundesregierung unter der Leitung des VW-Personalvorstandes Peter Hartz eine Kommission ein, die

Vorschläge zur Bereinigung dieser »strukturellen Bedingungen« entwickeln sollte. Mit dem Versprechen, die Arbeitslosigkeit durch die Ergebnisse der Hartz-Kommission endlich zu senken, aber auch durch die Weigerung Schröders, sich am Irak-Krieg zu beteiligen, gelang es im Herbst 2002, die eigenen WählerInnen nochmals zu mobilisieren und die rot-grüne Mehrheit trotz deutlicher Stimmenverluste knapp zu behaupten.

DIE IMPLEMENTIERUNG DER HARTZ-REFORMEN

Die sehr umfangreichen Vorschläge der Hartz-Kommission waren im Bundestagswahlkampf nicht im Detail diskutiert worden und auch unmittelbar nach den Wahlen nicht soweit gediehen, um auf einen Schlag umgesetzt zu werden. In vier Paketen – Hartz I-IV genannt – brachte die deutsche Bundesregierung in den kommenden zwei Jahren die umfassendste Neuordnung der Arbeitsbeziehungen und des Sozialsystems der deutschen Nachkriegsgeschichte schrittweise auf den Weg. Die Grundüberlegung dieser Reformen bestand darin, dass die Arbeitslosen einfach in viel stärkerem Ausmaße veranlasst werden müssten, Arbeit aufzunehmen. Der von der FDP entliehene Slogan »Sozial ist, was Arbeit schafft« sollte dabei auch die verstärkte Ausweitung des Niedriglohnsektors rechtfertigen.

Der Maßnahmenkatalog der Hartz-Gesetze reichte von einer Umstrukturierung der »Bundesagentur für Arbeit« über die Schaffung privater Arbeitsvermittlungsfirmer, die Förderung von »Ich-AG's« genannten Kleinstunternehmen, die Forcierung von Teilzeit- und geringfügigen Jobs, der Aufweichung des Kündigungsschutzes, der Verschärfung von Zumutbarkeitsbestimmungen und der Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld bis hin zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe (dem deutschen Pendant zur österreichischen Notstandshilfe) und Sozialhilfe zum neuen »Arbeitslosengeld 2«.

Letzteres rief als Kernpunkt von »Hartz IV« nicht nur den wütenden Protest zehntausender Betroffener hervor, die

mit deutlichen Leistungskürzungen zu rechnen hatten. Es traf auch die deutschen Gewerkschaften ins Mark. Arbeitslose hatten nunmehr verstärkt mit der Sperre von Leistungen zu rechnen, wenn sie angebotenen Jobs ablehnten und zwar auch solche, die bei der Bezahlung unterhalb tarifvertraglicher Mindestlöhne lagen. Damit, aber auch mit den sogenannten »Ein-Euro-Jobs« schwächte die Regierung die ohnehin bereits angeschlagene Position der deutschen Gewerkschaften in Tarifverhandlungen noch weiter.

VERÄNDERUNG DER PARTEIENLANDSCHAFT

Ärger und Enttäuschung vieler SPD-AnhängerInnen und GewerkschafterInnen äußerte sich aber nicht nur in der massenhaften Stimmhaltung bei den nachfolgenden Landtagswahlen, die zu einer Reihe vernichtender SPD-Wahlniederlagen beitrug. Aus der Protestbewegung gegen Hartz IV entwickelte sich auch eine neue Partei, die »Wahlalternative für Soziale Gerechtigkeit« (WASG), deren Führung im Mai 2005 der SPD-Politpensionär Oskar Lafontaine übernahm. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 trat die WASG gemeinsam mit der PDS als gesamtdeutsche »Linkspartei.PDS« an und schaffte auch den Einzug in den Bundestag, Rot-Grün verlor seine Mehrheit und die SPD trat als Juniorpartner in eine Große Koalition ein.

In der zweiten rot-grünen Legislaturperiode hatte Schröder seine Agenda-Politik relativ problemlos durchsetzen können, weil die einzige Opposition dagegen in der eigenen Partei zu erwarten war, diese aber regelmäßig durch die Verbindung inhaltlicher Materien mit der Vertrauensfrage des Kanzlers im Bundestag diszipliniert und auf Kurs gehalten wurde. Die neue Linkspartei hatte nun aber den von den gesellschaftlichen Eliten und den Medien getragenen Konsens über die angebliche Notwendigkeit schmerzhafter Einschnitte in das Sozialsystem durchbrochen. Mehr Steuergerechtigkeit, höhere Einkommen, der Ausbau und nicht der Abbau sozialstaatlicher Leistungen stehen in den letzten Jahren wieder auf der politischen Agenda.

Und auch wenn die deutschen Medien nicht müde werden, gegen vermeintlichen und tatsächlichen »Populismus« anzuschreiben: Mit ihren Forderungen nach einem politischen und sozialen Kurswechsel gewinnt Lafontaines »LINKE« nicht nur Wahlen, sie bestimmt auch die Schwerpunkte der politischen Debatte. Die Entstehung und der Erfolg dieser neuen Partei hat die politische Landschaft Deutschlands also spürbar verändert, sie hat aber vor allem auch die SPD vor eine neue Herausforderung gestellt, der diese bis heute nicht gewachsen scheint.

DAS DILEMMA DER SPD

Die entweder inhaltlich überzeugten oder durch jahrelange Repression »auf Linie« gebrachten Abgeordneten der SPD müssen nun zusehen, wie eine andere Partei mit den Kernthemen der Sozialdemokratie erfolgreich auf Stimmenfang geht und finden bisher keinen Ausweg aus dem politischen Dilemma. Verteidigt die SPD weiterhin voller Begeisterung die »Agenda-Politik« und ihre Fortsetzung – wie etwa die Anhebung des Rentenantrittsalters auf 67 oder die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn in dieser Legislaturperiode – dann verschärft sie den bereits jetzt eklatanten Widerspruch zwischen sich und der sozialen Basis der Partei. Versucht sie allerdings, verstärkt und konsequent auf die soziale Karte zu setzen, bringt sie das unweigerlich in einen Widerspruch mit der Politik der vergangenen Jahre.

Kurt Becks Ära als Parteivorsitzender war durch dieses Problem geprägt: Mit der Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen und einer geringfügigen Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld 1, versuchte die SPD zwar soziales Profil zu zeigen. Dafür wurde sie aber einerseits medial gescholten, sich von der LINKEN »treiben« zu lassen. Und andererseits beharrte sie weiterhin auf der grundsätzlichen Richtigkeit der »Agenda-Politik« und musste sich von der »LINKEN« im Bundestag vorführen lassen, die Anträge auf Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes einbrachte, die aber die SPD aus Rücksicht auf ihren Koalitionspartner CDU ablehnen musste.

UMGANG MIT DER PARTEI »DIE LINKE«

Das inhaltliche Dilemma der SPD korrespondiert mit dem strategischen Zwiespalt der SPD. Obwohl die Schärfung des sozialpolitischen Profils der SPD oft genug an der Ablehnung von SPD-Forderungen durch die Union scheitert, ist die SPD weit davon entfernt, die rechnerische »linke Mehrheit« im Bundestag zu nützen.

Der Umgang mit der Partei »DIE LINKE« wird dabei zunehmend selbst zum Streitpunkt in der Partei. Der bisher als unumstößlich geltende Grundsatz, mit der »LINKEN« im Westen und auf Bundesebene nicht zu koalieren, wurde zuletzt in Hessen durchbrochen, wo sich SPD-Chefin Andrea Ypsilanti nach einer schweren Wahlniederlage von CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch mit den Stimmen der »LINKEN« zur Ministerpräsidentin wählen lassen möchte.

Die Bundes-SPD versuchte das zunächst zu unterbinden, schwenkte aber schließlich auf die Linie um, jeder Landesverband solle selber über eine Koalition entscheiden, um gleichzeitig zu betonen, auf Bundesebene sei eine Zusammenarbeit wegen der »Unverlässlichkeit« der »LINKEN« ausgeschlossen. So groß die Unberechenbarkeit von Abgeordneten einer neugegründeten Partei und der Ärger vieler SPD-FunktionärInnen über deren Vorsitzenden, der auch einmal der eigene war, sein mag: Dieser Zick-Zack-Kurs der SPD hat in Wahrheit weniger mit den Unzulänglichkeiten der »LINKEN« oder der Führungsschwäche des SPD-Vorsitzenden, als mit dem weiterhin ungeklärten Verhältnis der SPD zu ihrer jüngeren Vergangenheit zu tun. Die SPD verzichtet auch deshalb auf die Nutzung der rechnerisch bestehenden »linken Mehrheit« im Bundestag, weil das konsequenterweise auch zu einer Abkehr von der »Agenda-Politik« führen müsste, über die außer einem harten Kern inhaltlich überzeugter Parteirechter, am liebsten niemand mehr reden würde.

VORSITZENDENWECHSEL – WAS NUN?

Becks Absetzbewegungen von der »Agenda-Politik« blieben

stets zögerlich und inkonsequent. Ob sie nun tatsächlich – wie medial kolportiert – der Grund dafür waren, dass die »Schröderianer« um Neo-Parteichef Müntefering, Kanzlerkandidat Steinmeier und Finanzminister Steinbrück, seine Ablöse betrieben oder auch nicht: Wenn die SPD einen Weg aus ihrem Dauertief finden möchte, dann wird sie nicht umhin kommen, sich ihrer Vergangenheit zu stellen und den Zusammenhang zwischen ihren elektoralen Niederlagen und ihrer Regierungspolitik zu analysieren.

Das unausgesprochene innerparteiliche »Schweigelübde« zur »Agenda-Politik« – das nur von den »üblichen Verdächtigen« wie dem Parteilinken Othmar Schreiner »gebrochen« wird – ist dabei nur hinderlich. Die SPD muss sehr rasch eine zukunftsweisende und glaubwürdige soziale Positionierung finden, wenn sie eine rechte Mehrheit bei den Bundestagswahlen 2009 verhindern und sich nicht der Gnade der CDU ausliefern möchte.

Wie sehr die Zeit für eine programmatische Erneuerung drängt, daran erinnert auch die Einleitung des »Schröder-Blair-Papiers« schmerzlich. Hieß es dort noch stolz »In fast allen Ländern der Europäischen Union regieren Sozialdemokraten«, gilt das heute gerade noch für ein Drittel der Regierungen der EU-15. »Der Weg nach vorne«, den Blair und Schröder 1999 beschreiben wollten, scheint nicht nur Kurt Beck geradewegs in den Abgrund geführt zu haben. ●

LUDWIG DVORAK

studiert Jus und Volkswirtschaft und ist Bezirksrat
der SPÖ im vierten Wiener Gemeindebezirk

FOTOGRAFIS

COLLECTION RELOADED BANK AUSTRIA KUNSTFORUM



JULIA MARGARET CAMERON | MRS. HERBERT DUCKWORTH, 1867

ALBUMIN, 33,7 X 25,6 CM, SAMMLUNG FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN

»SPD kämpft darum, ihre Stabilität wieder zu finden«

INTERVIEW Franziska Drohsel ist Bundesvorsitzende der JUSOS in der SPD und Mitglied des Bundesvorstandes der deutschen SozialdemokratInnen. Anlässlich eines Referats, das sie beim Kongress Momentum08 in Hallstatt hielt, sprachen wir mit ihr über die aktuelle Lage in der SPD nach dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden Kurt Beck.

***Zukunft:** Wir haben nachgezählt: Seit 1945 hatte die SPD zwölf Vorsitzende – die Hälfte davon allein in den letzten zehn Jahren. Wie erklärt sich dieser Verschleiß?*

Franziska Drohsel: Vorweg steht fest, dass das derzeit keine schöne Situation ist, weil diese ständigen Wechsel natürlich wenig Kontinuität bieten. Rückblickend kann man schon sagen, dass die politische Situation für die SPD in den letzten Jahren sehr schwierig ist. Damit sind sicherlich auch die Führungswechsel zu begründen. Da gab es zunächst den glorreichen Wahlsieg 1998 und die Bildung einer rot-grünen Regierung, was ja auch sehr schön war. Gleichzeitig gab es dann aber auch viele Enttäuschungen, gerade mit der Agenda 2010. Diese Enttäuschung hat Mitgliederverluste mit sich gebracht, hat auch zu schweren Verlusten bei vielen Wahlen geführt. Ich würde daher sagen, die SPD kämpft noch immer darum, ihre Stabilität wieder zu finden.

Welche Enttäuschungen waren da maßgeblich?

Von der SPD wird immer erwartet, dass sie für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft. Diesem Versprechen ist die SPD nicht ausreichend nachgekommen. In Deutschland nimmt die Polarisierung, die soziale Ungleichheit zu. Da muss man trotz Regierungsbeteiligung sagen: Da war sozialdemokratische Politik nicht so erfolgreich, wie man es sich eigentlich gewünscht hätte. Konkret: Die Agenda 2010 hat sicherlich zur Enttäuschung wesentlich beigetragen. Das hängt, denke ich, maßgeblich mit der Ideologie der Agenda 2010 zusammen. Dass man den Druck auf Arbeitslose erhöht, weil man sagt, dass an der hohen Arbeitslosigkeit der Unwille der Arbeitslosen arbeiten zu gehen, schuld ist. Das ist inhaltlich falsch und führt natürlich dazu, dass Arbeitslose enorm unter Druck stehen, mit dieser massiven Kontrolle und auch den Sanktionen

gegen Arbeitslose. Und das hat sicher zu einem Erschrecken in der Gesellschaft geführt, weil einem durch diese Behandlung auch die Hoffnung genommen wird, dass man auch dann menschenwürdig leben kann, wenn man einfach einmal Pech hat und arbeitslos geworden ist.

Das ist jetzt die inhaltliche Analyse der Wahlniederlagen. Was ändert sich jetzt aber durch den Vorsitzendenwechsel an dieser Situation der SPD?

Da muss man einmal abwarten, wie wir uns inhaltlich aufstellen. Natürlich hoffen alle, dass wir wieder mehr Zustimmung erhalten, dass wir auch in den Umfragen wieder steigen. Wichtig ist jetzt natürlich vor allem, sich für die Bundestagswahlen 2009 aufzustellen. Ich denke, man muss über Steuerpolitik reden, über Erbschaftssteuer, Vermögenssteuern, man muss auch über soziale Mindestsicherung reden. Auch über Chancengleichheit, wobei man sagen muss, dass ich die SPD sich hier in der Bildungspolitik sehr gut positioniert hat, da gibt es einen guten Konsens in der Partei.

Wie soll die SPD deiner Meinung nach mit dem Erbe der Agenda-Politik umgehen?

Selbstkritisch. An der Agenda war nicht alles falsch. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war sicher richtig. Aber die Verschärfung des Drucks auf Arbeitslose durch die verschärften Zumutbarkeitskriterien für die Annahme eines Jobs und die Sanktionen gegenüber Arbeitslosen, die nun möglich sind, hat katastrophale gesellschaftliche Folgen und da müssen Veränderungen vorgenommen werden.

In den Medien ist rund um den Rücktritt von Kurt Beck oft die Rede von einer »Rückkehr der Schröderianer«? Siehst du die?

WORDRAP

Hartz IV

Negative Assoziationen. Vieles muss geändert werden, auch wenn manches sinnvoll ist.

Münzfering

Wird unser Parteivorsitzender und kämpft hoffentlich für soziale Gerechtigkeit.

Merkel

Aktuelle Bundeskanzlerin, ich hoffe, dass sie abgewählt wird.

Studiengebühren

Unmöglich. Nicht einführen oder dort, wo es sie gibt, abschaffen!

Grundeinkommen

Wichtige Debatte. Ich bin gegen bedingungsloses Grundeinkommen, aber für sanktionsfreie Grundsicherung.

SPD

Meine Partei. Nur mit der SPD ist sozialer Fortschritt erreichbar.

Die Befürchtung ist auf jeden Fall da. Zum einen die Befürchtung, dass auch die »Basta«-Politik [Kanzler Gerhard Schröder hatte im Zuge der Agenda-Politik eine parteiinterne Debatte medial mit dem Wort »Basta!« beendet. *Anm. d. Red.*] wieder Einzug hält. Zum anderen aber auch die Befürchtung, dass die SPD wieder beginnt, sich an einer imaginären Mitte zu orientieren und nicht für soziale Gerechtigkeit in dem Maße streitet, wie ich mir das wünschen würde. Es gibt also die Befürchtungen, aber man weiß natürlich nicht, ob die sich realisieren. Und wir werden natürlich darum kämpfen, dass sie sich nicht realisieren und dass sich Wahlprogramm und Wahlkampf an sozialer Gerechtigkeit ausrichten.

Du sprichst von einer »imaginäreren Mitte«. Was meinst du damit?

In der SPD ist gerade von Seiten der Agenda-Leute oft die Rede davon, dass wir »die Mitte« nicht verlieren dürfen. Zunächst weiß ich nicht genau, wer diese Mitte sein soll. Und ich bin überzeugt davon, dass man die Mehrheit dafür bekommt, dass man für soziale Chancen und sozialen Aufstieg für alle kämpft. Die Angst vor dem Abstieg bricht über weite Teile der Gesellschaft herein. Ich bin der Meinung, die SPD muss das Leben für alle, die ohne goldene Löffel geboren sind, verbessern und nicht nur für irgendeine anonyme »Mitte«.

Die SPD-interne Diskussion um einen Umgang mit der Linkspartei schwappt medial auch nach Österreich. Braucht es eine strikte Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei durch die SPD?

Nun, die JUSOS stehen seit Ewigkeiten für einen offenen Umgang mit Linkspartei. Es ist eine demokratische Partei, man muss sich inhaltlich auseinandersetzen und an inhaltlichen Kriterien festmachen, ob man mit ihr zusammenarbeiten kann oder nicht. Da halte ich nichts von Pauschalverurteilungen. Es ist erfreulicherweise so, dass es ja jetzt den Beschluss gibt, dass in den Ländern die eigenständigen Entscheidungen darüber getroffen werden, ob und wie man mit der LINKE zusammenarbeitet. Das ist ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ich komme aus dem Landesverband Berlin, da gibt es

ja einen rot-roten Senat. Auf Bundesebene ist derzeit aber die Mehrheitsmeinung, dass man sich komplett abgrenzen muss. Ich würde auch hier sagen, dass man sich inhaltlich auseinandersetzen und davon eine Zusammenarbeit abhängig machen muss.

In die andere Richtung gefragt: Deutschland regiert momentan eine Große Koalition. Wie gut kann hier die SPD ihre Interessen durchsetzen?

Natürlich hat sich die SPD in manchen Punkten durchgesetzt. Der Kündigungsschutz z.B. wurde nicht aufgeweicht und das BAFÖG [Stipendiensystem für Studierende. *Anm. d. Red.*] wurde erhöht. Das hat natürlich die SPD durchgekämpft. Aber in vielen Punkten war das nicht oder nicht in dem Ausmaß möglich, wie es nötig wäre. Man sieht einfach klar, dass mit der CDU keine soziale Gerechtigkeit machbar ist. Z.B. beim Mindestlohn, den die Union blockiert hat. Ich denke daher, es muss daher weiter darum gehen, um eine linke Mehrheit im Parlament zu kämpfen und daraus eine fortschrittliche Regierung zu bilden. Für mich gibt es da mit der CDU und der FDP zu viele Differenzen.

Zum Abschluss noch eine Frage zu deiner persönlichen Zukunft: Du bist derzeit JUSOS-Vorsitzende, eine Position von der aus schon viele ihren Weg in die Politik angetreten haben. Was ist eigentlich dein beruflicher Wunschtraum?

Mein Wunschtraum ist es eigentlich, mein ganzes Leben linke Politik zu machen. Und dabei nicht zynisch zu werden, nicht frustriert zu werden, sondern ein positives Denken beizubehalten. Und auch die Leidenschaft zu kämpfen. Auf welcher Ebene das ist, ob man das in der Politik macht oder als linke Anwältin, das ist mir eigentlich nicht so wichtig. ●

FRANZISKA DROHSEL

(28) ist Bundesvorsitzende der JUSOS in der SPD. Sie studiert Rechtswissenschaften und promoviert derzeit gerade als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität Berlin.

Eine Stadt entsteht

STADTPLANUNG Am ehemaligen Flugfeld Aspern in Wien entsteht eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Europas: aspern. Die Seestadt Wiens. Für die ZUKUNFT beschreibt Georg Brockmeyer die Entstehungsgeschichte einer Stadt.

Weil Wien und die angrenzende Region, die Vienna Region, weiter wachsen wird nun im Wiener Nordosten eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Europas realisiert: Auf 240 Hektar Fläche (das entspricht ca. 340 Fußballfeldern) wird in den nächsten 20 Jahren ein gemischter und multifunktionaler Stadtteil mit Wohnfläche für rund 20.000 Menschen und ebenso vielen Arbeitsplätzen entstehen. Verantwortlich für die Entwicklung ist die »Wien 3420 AG«, eine Tochter des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds in der Bundesimmobilien Gesellschaft BIG AG. Ende September präsentierte sie den Namen des neuen Stadtteils: aspern. Die Seestadt Wiens.

Rund um einen 90.000 m² großen See wird eine Stadt in der Stadt nach ökologischen und sozial nachhaltigen Grundsätzen entwickelt. Qualitätssicherung und Innovation werden dabei ganz groß geschrieben. Bis zum Jahr 2013 wird die infrastrukturelle Anbindung hergestellt sein.

DOCH WIE WIRD EINE STADT GEBAUT?

Wer heute im 22. Wiener Gemeindebezirk das Gebiet des ersten kommerziellen Flugplatz Kontinentaleuropas besucht, findet vor allem viel Platz und wogende Sonnenblumenfelder. Sie markieren bereits Bebauungsfelder des wohl ambitioniertesten Stadtentwicklungsprojektes der österreichischen Bundeshauptstadt, wenn nicht sogar Europas.

Beim genauen Betrachten fallen nicht nur die zukünftigen Baufelder auf, sondern ist auch bereits der Rohbau der hier oberirdisch geführten neuen U-Bahn-Linie in das Gebiet von weitem sichtbar.

»Wir werden einen multifunktionalen Stadtteil errichten, in dem die Menschen gerne leben und arbeiten werden und auch ihre Freizeit verbringen«, erklärt Rainer Holzer, Vorstand

der Entwicklungsgesellschaft Wien 3420 Aspern Development AG. Damit skizziert er auch schon die Maßstäbe und Grundlinien der Entwicklungsarbeit.

Auf der riesigen Fläche von 2,4 Millionen Quadratmetern werden nicht nur 8.500 gemischte Wohneinheiten errichtet, die rund 20.000 Menschen beherbergen werden, sondern ebenso viele Arbeitsplätze aus Industrie, Forschung und Wissenschaft, Dienstleistungen und Handel. »Das menschliche Maß dabei einzuhalten ist für uns die große Herausforderung und unser Anspruch«, ergänzt Holzers Vorstandskollegin Claudia Nutz. Deshalb hat die Wien 3420 AG viele Vorbereitungen getroffen.

Der schwedische Stararchitekt Johannes Tovatt lieferte im Auftrag der Wiener Stadtplanung den Masterplan, sozusagen das funktionale Gerippe des neuen Stadtteils, der einiges an Innovation bringt. So wird beispielsweise der Anteil am öffentlichen Raum, Grün- und Erholungsflächen 50 Prozent der bebaubaren Fläche ausmachen. Üblich wäre eher ein Anteil von einem Drittel. Den Kern des neuen Stadtteils wird ein zentraler Park mit einem See darstellen, der durch städtische Uferanlagen und eine Promenade urban ergänzt wird.

Der Masterplan beinhaltet auch ein Ringstraßen-Konzept, dass die erfolgreiche Stadtplanung Wiens der Vergangenheit widerspiegelt. So wird Aspern zu einem Zentrum auf der anderen Donauseite. Dass Wasser hier eine bedeutende Rolle für den neuen Stadtteil spielt, ist dabei kein Zufall. Wurde doch in Wien längst erkannt, dass Wasser und Uferflächen nicht nur das Stadtbild verschönern, sondern funktionale Elemente in der Stadtentwicklung und Planung sind.

Zur gelungenen Masterplanung gehört selbstverständlich die hervorragende infrastrukturelle Einbindung von Aspern in die

gesamte Stadt- und Verkehrsplanung der Donaumetropole. Die Verlängerung der U-Bahnlinie U2 ist bereits in Angriff genommen worden. Zwei Stationen werden den neuen Stadtteil an Wiens modernes Netz des öffentlichen Nahverkehrs anbinden. Bereits 2010 wird die erste Haltestelle Aspernstraße fertig gestellt, die Endstation folgt bis 2013.

Die Österreichischen Bundesbahnen binden Aspern über den Ausbau ihres Streckennetzes an den internationalen Bahnverkehr an. So wird die Strecke Aspern–Bratislava nur knapp 25 Minuten dauern. Mit der Verlängerung des Autobahnteilstückes A 23 und der Schließung des sogenannten Regionerings, wird der neue Stadtteil auch eine hervorragende Anbindung an das hochrangige Straßennetz erhalten.

OST-WEST DREHSCHLEIBE

Somit wird der neue Stadtteil in Aspern zu einer idealen Drehscheibe zwischen den aufstrebenden Märkten Ost- und Südosteuropas und dem Westen. Damit wird Wiens Rolle als Drehscheibe zu den Märkten Zentral- und Osteuropas weiter gestärkt und stabilisiert. »Von Aspern werden Sie gleich schnell in den Innenstädten Wiens und Bratislavas sein und genau so schnell auf den internationalen Flughäfen Wiens und Bratislava. Der Traum der Twin-Cities wird Wirklichkeit«, freut sich Holzer.

Die Masterplanung der neuen Stadt in der Stadt stützt sich nicht nur deshalb auf breiten Konsens in Wien. Wurde sie doch gemeinsam mit Anrainerinnen und Anrainern, vielen Expertinnen und Experten erstellt und vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. Auch dies ein Beweis dafür, dass bei diesem Projekt die Menschen mitgenommen und ernst genommen werden. »Wir bauen schließlich eine Stadt für die Menschen«, betont Holzer.

Dass dabei innovative Projekte, auch Landmarks und gewagte Architektur nicht zu kurz kommen, ist die Aufgabe der Entwicklungsgesellschaft. Sie wurde von der Bundesimmobilien Gesellschaft BIG AG und dem Wiener Wirtschaftsförde-

rungsfonds gegründet, die auch gemeinsam die Flächen besitzen.

Der Name der Gesellschaft selbst zeigt schon den etwas anderen, innovativen und mutigen Zugang: Der alleinige Unternehmenszweck der Gesellschaft ist der neue Stadtteil, der geografische Ort sollte daher auch den Namen des Unternehmens langfristig prägen. 3420 symbolisiert die Mitte des Flugfeldes Aspern. Aus Satellitenperspektive ist die Mitte des Flugfeldes hier: 48° 13' 34" Nord und 16° 30' 20" Ost. Die gerundeten GPS-Sekunden 34" und 20" kennzeichnen künftig jenen Park, der die Mitte und das Zentrum des neuen Stadtteils bildet.

Diese Mitte ist in vielfacher Hinsicht interessant. Nicht nur aufgrund des zentralen Parks mit seinem See – einem prädestinierten Treffpunkt für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner und natürlich derjenigen, die hier arbeiten werden oder den Stadtteil nutzen wollen. Die Wiener Universität für Bodenkultur kam in einer geomantischen Studie 2006 zum Ergebnis, dass dieser Punkt auch das vitalenergetische Zentrum des Flugfeldes darstellt.

QUALITÄTSSICHERUNG

Bis Mitte/Ende 2009 ist die Entwicklungsgesellschaft mit einer umfassenden Städte-Umweltverträglichkeitsprüfung befasst. »Der Masterplan für das ehemalige Flugfeld Aspern ist die qualitativ hohe Vorgabe. Mit dem UVP-Prozess setzen wir nun einen entscheidenden Schritt für dessen Umsetzung«, erläutert Holzer.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist in Österreich für Städtebauvorhaben ab einer Nutzfläche von 10 Hektar notwendig, für Straßenbauvorhaben ab einer Länge von mehr als 500 Meter in sogenannten vorbelasteten Gebieten. Ziel der UVP ist es, Umweltschäden von vornherein auszuschließen und die Auswirkungen auf die Umwelt ganzheitlich zu betrachten und zu steuern. Dazu gehört die Entwicklung von Maßnahmen, negative Umweltauswirkungen zu vermeiden und zu

verhindern. Wichtig bei einem UVP-Prozess ist auch die Einbindung und Anhörung unmittelbar betroffener Bürgerinnen und Bürger. Für Holzer ist die UVP »eine große Chance zur Qualitätssicherung. Schließlich haben wir uns mit dem Masterplan von Johannes Tovatt für einen qualitativ hochwertigen, lebensnahen und modernen Stadtteil entschieden. Dies erfordert umsichtige Planung und Qualitätsansprüche auf höchstem Niveau. Diese werden wir mit der UVP einlösen«.

Der UVP Prozess unterstreicht die hohen Qualitätsstandards, die sich die Entwicklerinnen und Entwickler von Wien 3420 selbst gesetzt haben. Gemeinsam mit der Wiener Stadtplanung wurde beispielsweise in den letzten Monaten ein Handbuch zur Gestaltung des öffentlichen Raumes erstellt.

»Damit wollen wir erreichen, dass der großzügig geplante öffentliche Raum qualitativ zum Nutzen der Menschen gestaltet wird und so auch neue Formen für Begegnung und Aufenthalt möglich werden«, so Nutz. »Wir wollen eine Stadt, in der die Menschen leben und nicht ab 17.00 Uhr in ihren Wohnungen verschwinden«, ergänzt sie.

EINE MARKE FÜR DEN NEUEN STADTTEIL

Um den Menschen, die einmal in naher Zukunft im neuen Aspern leben und arbeiten werden, ein Bild von dem zu geben »was jetzt noch nicht ist, jedoch bald sein wird«, wie sich Holzer und Nutz ausdrücken, wurde im vergangenen Jahr ein Markenbildungsprozess für den neuen Stadtteil gestartet. Präsentiert wurden im September sowohl Marke als auch Name des neuen Stadtteils: aspern. Die Seestadt Wiens. Das ganze Leben.

»Im Mittelpunkt stehen Urbanität und die Lebenseinstellung ‚enrich your life‘. Die Marke schafft eine Identität und verleiht dem Stadtteil ein Gesicht. Sie zeigt, was in Zukunft sichtbar sein wird«, so Nutz und Holzer.

»Es galt, jene Metaphern und Zeichen zu finden, die einen Eindruck, ein Lebensgefühl vermitteln, wie der neue

Stadtteil in Zukunft ausschauen wird. Es braucht eine Marke, die den Atem des Projekts in sich trägt. Die Marke für Aspern muss alles enthalten, was heute nicht sichtbar, in Zukunft aber Realität sein wird«, beschreibt Holzer den zurückliegenden Prozess.

Ziel ist es damit auch mittels eines klar skizzierten Markenprofils für Investorinnen und Investoren, künftige Kundinnen und Kunden, Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie für die derzeitigen Anrainerinnen und Anrainer ein Leitbild des künftigen Stadtteils als Investitions- und Identifikationsgrundlage zu schaffen.

»Die Qualitäten und Potenziale wichtiger Schlüsselbereiche des Projekts und seiner städtebaulichen, infrastrukturellen, kulturellen und wirtschaftlichen Schwerpunkte werden veranschaulicht, um heute schon das unverwechselbare Bild des neuen Stadtteils begreifbar zu machen«, erklärt Nutz weiter. »Dadurch schaffen wir ein sinnlich und somit emotional erfahrbares Bild unseres Städtebauprojektes und wir spitzen es natürlich zu«, so auch Holzer.

Einfach haben es sich die Verantwortlichen in Wien dabei nicht gemacht. Umfangreiche Benchmark-Analysen mit vergleichbaren Projekten wie der Hafen City in Hamburg oder Tübingen Südstadt wurden durchgeführt, qualitative Interviews gemacht und hochkarätige Fokus-Gruppen organisiert.

Auf das Ergebnis sind nicht nur Claudia Nutz und Rainer Holzer stolz. »Wir haben in Rekordzeit, in einem frühen Stadium der Entwicklung eine schlüssige Marke, die wir nun mit aller Kraft mit Leben füllen werden«, freuen sich die beiden Chefentwickler. ●

GEORG BROCKMEYER
ist Abteilungsleiter im Wiener
Wirtschaftsförderungsfonds



HEINRICH CARL CHRISTIAN KÜHN | ALFRED STIEGLITZ, 1904

GUMMIDRUCK, 25,5 X 20,5 CM, SAMMLUNG FOTOGRAFIS DER BANK AUSTRIA, WIEN

Terror, Kontrolle & Traum

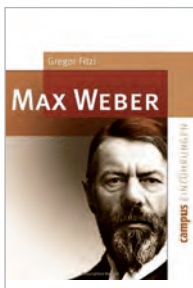


David Garland KULTUR DER KONTROLLE

Rufe nach langen Haftstrafen und nach der Rücknahme von Hafterleichterungen finden immer mehr Resonanz in westlichen Gesellschaften. Hinzu kommen Forderungen nach verstärkter Kontrolle, etwa nach einer öffentlichen Kartei von

Sexualstraftätern oder dem staatlichen Einblick in private Festplatten. Wie kam es dazu und wohin führt ein solch rigoroser Umgang mit Kriminalität und Straftätern?

Campus, 394 Seiten, 35,90 Euro



Gregor Fitzi MAX WEBER

Der Autor stellt Webers Grundthesen zur Methodologie der Sozialwissenschaft, seine Theorie der Moderne und des abendländischen Rationalismus sowie seine Studien zur Wirtschaftsgeschichte vor. Er zeigt Max Weber als Mann der

Politik und der Öffentlichkeit und behandelt die Rezeption seiner Arbeiten in den Sozialwissenschaften, die die ungebrochene Ausstrahlung seines Werks eindrucksvoll belegen.

Campus, 188 Seiten, 13,30 Euro



Karl Schlögel TERROR UND TRAUM

Moskau 1937: Die sowjetische Metropole auf dem Höhepunkt der stalinistischen Diktatur. Karl Schlögel rekonstruiert Monat für Monat wie sich der Terror eines Notstandsregimes zum »Großen Terror« steigerte, dem binnen eines Jahres anderthalb Millionen Menschen zum Opfer fielen. Doch damit ist noch nicht die ganze Geschichte erzählt: Im Schatten des Terrors will das Regime eine neue Gesellschaft aufbauen.

Hanser, 812 Seiten, 30,80 Euro



Amnesty International REPORT 2008

Es geht um die weltweite Lage der Menschenrechte im letzten Jahr. Seit den Terroranschlägen in New York ist Angst eine treibende Kraft in der Weltpolitik geworden. Die Regierungen verschiedener Staaten nutzen gezielt die Furcht vor terroristischen Aktionen, um die Freiheitsrechte Einzelner zugunsten einer verschärften Sicherheitspolitik einzuschränken. Dabei werden Werte und Prinzipien missachtet.

S. Fischer, 493 Seiten, 15,40 Euro

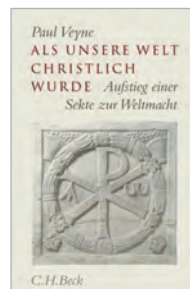


Volkmar Sigusch SEXUALWISSENSCHAFT

Siguschs Geschichte der Sexualwissenschaft beginnt mit dem Italiener Mantegazza, der über die Physiologie der Liebe bereits vor 150 Jahren schrieb. Der Autor schildert unter anderen auch die Entwicklung seit den fünfziger Jahren in

Deutschland und den USA (Alfred C. Kinsey). Die Erforschung der Lüste hatte stets das Ziel, Sexualität vom Makel der Sünde zu befreien.

Campus, 720 Seiten, 41,10 Euro



Paul Veyne ALS UNSERE WELT ...

... christlich wurde. Wie war es möglich, dass die Christen, eben noch blutig verfolgt und als Staatsfeinde gebrandmarkt, plötzlich, am 28. Oktober 312, den römischen Kaiser selbst in ihren Reihen begrüßen durften und danach innerhalb weniger Generationen das Christentum Staatsreligion wurde? Das ist die kluge, unterhaltsame Geschichte einer Revolution im 4. Jahrhundert, die zu einem christlichen Europa führte.

C.H. Beck, 223 Seiten, 20,50 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Liebe, DDR & Ungarn



Orhan Pamuk
DAS MUSEUM DER UNSCHULD

Der Nobelpreisträger erzählt in seinem großen Liebesroman von einer Gesellschaftsschicht der Türkei, die in vielem ganz und gar westlich scheint und doch noch traditionelle Züge trägt – ein Kontrast, der subtile Ironie erzeugt. Kemal, ein junger Mann aus der Oberschicht Istanbuls, verfällt der Liebe zu einer armen Verwandten – der blutjungen, naiven und wunderschönen Füsun. Aus einer Affäre wird eine Obsession.
Hanser, 571 Seiten, 25,60 Euro



**Ingeborg Bachmann/
Paul Celan** HERZZEIT

Die Liebesbeziehung zwischen Dichterin und Dichter beginnt im Wien der Nachkriegszeit. Im Mai 1948 lernen sie einander kennen, Ende Juni geht er nach Paris. Ihr Briefwechsel nach der Trennung ist zuerst schütter, verläuft zögernd, dann setzt er sich fort in immer neuen dramatischen Phasen. Jede dieser Phasen hat ihr eigenes Gesicht: ihren besonderen Ton, ihre Themen, ihre Dynamik, ihr Schweigen.
Suhrkamp, 399 Seiten, 25,50 Euro



Iris Hanika
TREFFEN SICH ZWEI

Iris Hanika ist eine liebevolle und unbestechlich genaue Beobachterin des Gefühlshaushalts von uns Zeitgenossen; und ihr Witz, ihre Genauigkeit und sprachliche Eleganz demonstrieren mit leichter Hand, warum das älteste Thema der Literatur uns allen so am Herzen liegt. Man weiß zwar nicht, wann sie es tut, aber eines ist gewiss – irgendwann schlägt die Liebe zu.
Droschl, 238 Seiten, 19,- Euro



Uwe Tellkamp
DER TURM

Das Dresdner Villenviertel, vom real existierenden Sozialismus längst mit Verfallsgrau überzogen, schottet sich ab. Resigniert, aber humorvoll kommentiert man den Niedergang eines Gesellschaftssystems, in dem Bildungsbürger eigentlich nicht vorgesehen sind. In eingehendliebvollen wie dramatischen Szenen entwirft Uwe Tellkamp ein monumentales Panorama der untergehenden DDR.
Suhrkamp, 972 Seiten, 25,50 Euro



Cesare Pavese
DIE EINSAMEN FRAUEN

Ein Meisterwerk in neuer Übersetzung zum 100. Geburtstag von Cesare Pavese. Aus Rom kehrt Clelia in ihre Heimatstadt Turin zurück, die sie vor siebzehn Jahren verlassen hat. Aus dem ehrgeizigen Mädchen ist eine erfolgreiche Frau geworden. Sie hat in der Modebranche Karriere gemacht und verspürt kein Bedürfnis, sich zu binden. Pavese zieht die Bilanz eines Frauenlebens zwischen Beruf und Familie.
Claassen, 206 Seiten, 20,50 Euro



László Márton
DAS VERSTECK DER MINERVA

Die Aufregung rund um die berühmte Sonnenfinsternis von 1844 vereitelt, dass der alte ungarische Dichter, Aufklärer und Revolutionär Johann B. von einem ungarischen Gesandten aus seiner lebenslangen Verbannung in Linz befreit wird. Er wird ganz einfach vergessen, und mit ihm stirbt Minerva, die Göttin der Weisheit, die sich als Gehirntumor in seinem Kopf eingenistet hat.
Folio, 232 Seiten, 22,50 Euro

Der Wallstreet-Kommunismus



In einer Gesellschaft, in der der unregulierte Markt wie das goldene Kalb vergötzt wird, findet derzeit die größte Sozialisierungswelle aller Zeiten statt. Große Finanzinstitute werden reihenweise verstaatlicht. Die Proponenten eines Sozialismus der Reichen, die Genossen Bush, Bernanke und Paulson, letzterer vormals Chef der Investmentbank Goldman Sachs, bereiten ein Rettungspaket in beispielloser Höhe vor: Mit Steuergeldern wird ein Fonds dotiert, der wertlos gewordene Hypothekenanleihen von US-amerikanischen und ausländischen Finanzinstituten kauft, um den Kollaps des Finanzsystems und das Abgleiten in eine schwere Rezession, die die Weltwirtschaft erfassen würde, zu verhindern.

Lediglich mit der Insolvenz von Lehman Brothers hat die US-amerikanische Regierung signalisiert, nicht in jedem Fall *moral hazard* fördern zu wollen. Es findet die größte Sozialisierung von Verlusten und Privatisierung von Gewinnen statt, ein Phänomen, das im übrigen jede Finanzkrise begleitet, und das den Boden für weitere Krisen aufbereitet. Die Größenordnung stellt allerdings Politikreaktionen bei vergangenen Finanzkrisen in den Schatten.

Seit Ausbruch der Subprime-Krise haben Regierungen und Notenbanken mit öffentlichen Geldern notleidenden Finanzinstituten laufend unter die Arme gegriffen, auch jenen, die den ohnehin bescheidenen Forderungen der Politik nach Offenlegung von Informationen nicht nachkommen wollten. Die Finanzindustrie hat jeden Versuch der stärkeren Regulierung durch die Politik stets zurückgewiesen, indem sie auf ihr Recht auf Selbstregulierung pochte, gleichzeitig aber um staatliche Hilfe ersucht. Die Politik hat ihr nachgegeben und die Usancen der Finanzindustrie immer wieder toleriert. Die Finanzkrise ist Ergebnis eklatanten Regulierungsversagens.

Der Umstand, dass der Staat wesentliche Regulierungsaufgaben an private Regulierungsinstitutionen delegiert hat, wie beispielsweise an Rating-Agenturen oder an private Bilanzierungsgremien, erweist sich retrospektiv als schwerer Fehler: Selbstregulierung bedeutet in vielen Fällen keine Re-

gulierung. Finanzmarktakteure, die oft als Finanzakrobaten bezeichnet werden, haben das ohnehin laxe Regelwerk bis aufs äußerste ausgereizt und dabei Profite in astronomischer Höhe lukriert. Sie sind aber auch Getriebene, die ihre Praktiken nicht durch freiwillige Wohlverhaltensregeln und mehr Transparenz ändern werden. Ein Regulierungsmodell, das im wesentlichen auf *codes of conduct*, also auf freiwillige Standards in der Form von Empfehlungen der Finanzindustrie an sich selbst und Marktdisziplin vertraut, fördert in regelmäßigen Abständen Krisen zutage; das ist die historische Erfahrung, aus der die richtigen Schlüsse gezogen werden sollten.

Der Ruf nach stärkerer Regulierung ertönt aus allen Richtungen. Diejenigen, die immer wieder dadurch aufgefallen sind, dass sie im vorausseilenden Gehorsam den Interessen der Finanzindustrie nachgekommen sind, verstehen darunter lediglich ein Mehr an Transparenz oder eine bessere Koordination der Aufsichtsbehörden. Es geht um weit mehr als nur um die Beseitigung falscher Anreizsysteme, um mehr Transparenz, wie etwa durch Offenlegung von Bewertungsmethoden der Rating-Agenturen.

Regulierung ist eine staatliche Aufgabe. Erforderlich sind weltweit gültige regulatorische Mindeststandards, die von einer demokratisch legitimierten Weltfinanzorganisation gesetzt werden sollten, ebenso die staatliche Kontrolle der Rating-agenturen, die Beaufsichtigung des Kreditderivatemarktes, die direkte Kontrolle von Hedge und Private Equity Fonds, um nur einige Beispiele zu nennen. Jetzt gilt es, das Finanzsystem so zu gestalten, dass es den Unternehmen und den Beschäftigten bestmöglich nützt und diese nicht zu Anhängsel einer spekulativen Profitvermehrungsmaschinerie degradiert. Mehr Staat, weniger Privat. ●

HELENE SCHUBERTH
ist Wirtschaftswissenschaftlerin
und arbeitet im Bundeskanzleramt.

»Die Historiker verfälschen die Vergangenheit, die Ideologen die Zukunft.«

ZARKO PETAN



ZUKUNFT ABONNEMENT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

NOVOMATIC

— GROUP OF COMPANIES —



Heimat bist Du heller Köpfe.

Die Novomatic Group of Companies legt Wert auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Denn nur so kann unsere Unternehmensgruppe mit weltweit mehr als 12.000 Mitarbeitern auch weiterhin seine Stellung als eines der führenden Technologieunternehmen Österreichs behaupten. Unter den über 2.300 heimischen MitarbeiterInnen der Unternehmensgruppe Novomatic können sich daher begabte und helle Köpfe bei besten Arbeitsbedingungen und mit internationalen Aufstiegschancen weiterentwickeln. Die jüngste Verleihung des österreichischen Exportpreises 2008* in der Kategorie Handel unterstreicht erneut das Potential und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens als Europas größter integrierter Glücksspielkonzern.

*) verliehen vom Bundesministerium für Wirtschaft & Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich für außerordentliche Erfolge auf Auslandsmärkten